

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstausgabe  
Tageblatt Riesa.  
Bogenf. Nr. 20.  
Postf. Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behörlicherseits bestimmte Blatt.

Buchdruckerei:  
Dresden 1530.  
Girofaher:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 265.

Dienstag, 13. November 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 19,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Voranmeldung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Eintretens von Produktionsübersteuerungen, Schätzungen der Wöche und Materialkosten zu beahlen wie uns das Recht der Preisabschöpfung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Ausgabebetriebes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Verbrechen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 min Zeit, 2 zum höheren Betrag. Zeile (5 Silben) 10 Gold-Pfennige; bis 30 min breite Bellsamezeile 100 Gold-Pfennige. Aufschlag, gestraubter und isolierter Satz 50%, Aufschlag, freie Tafte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstägige Unterhaltungsbeläge — hat der Bezieher Träger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Sitzungen des Druckerei, der Lieferanten oder der Sicherungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Belieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abonnement und Berlese: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottschalk 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Bittrich, Riesa.

## Die Coolidge-Rede.

Der Coolidge-Rede, ähnlich der amerikanischen Vorfahrt, musste von vornherein sowohl eine gewisse Beachtung begegnet werden, als sie nach der Wahl erfolgte, also zu einem Zeitpunkt, in dem man weiß, dass dem republikanischen Präsidenten Coolidge gleichfalls ein republikanischer Nachfolger folgen wird. Das besagte, dass der Präsident der Vereinigten Staaten bei seiner Rede frei von den Hemmungen sprechen konnte, die noch vor der Wahl durch die Ungewissheit des Ergebnisses vorhanden sein mussten. Was also heute Coolidge sagt, das ist in einem gewissen Sinne auch verständlich und bindend für später, seine Rede ist demgemäß die Auskundung eines Programms, das in absehbarer Zeit Grundlage der Außenpolitik der Vereinigten Staaten sein wird. Aber ganz abgesehen von diesen Gründen, auch allein der Inhalt dieser Rede ist höchst interessant, in gewisser Beziehung sogar politisch bedeutend. Sie setzt in eine Aufforderung für die Ausrüstung, für eine Friedenspolitik, und dann auch, man könnte fast sagen, in eine Warnung an Europa, und zwar zumeist an die Nationen, die im Weltkrieg Verbündete der Vereinigten Staaten waren. In erster Linie drückt sich England von den Worten Coolidges betroffen fühlen. Denn er hofft wohl ausschließlich an die englische Flottenpolitik, als er sich in seiner Rede an der Feststellung fand, dass die Abrüstungsverhandlungen keinen Fortschritt mehr gemacht hätten. Wie sehr diese Bemühungen an die englische Flotte getroffen haben, das zeigen die Kommentare des "Daily Telegraph", die es im höchsten Maße bedauern, dass der amerikanische Präsident die englischen Abrüstungsbemühungen verkennt. Auch in Deutschland wird ein Passus der Coolidge-Rede eine ganz besondere Beachtung gefunden haben. Wird doch in dieser Rede von dem offiziellen Staatsoberhaupt Amerikas öffentlich festgelegt, dass es lediglich der Anteilswertigkeit Amerikas anzuschreiben wäre, wenn Deutschland in den letzten Jahren in der Lage war, die ihm aufzunehmenden Reparationsleistungen auch tatsächlich zu zahlen. 1,1 Dollar-Milliarden haben die Vereinigten Staaten Deutschland gelehen. 1,1 Dollar-Milliarden hat Deutschland seit 1924 an Reparationen gezahlt. Coolidge will zwar nicht behaupten, dass dieses amerikanische Geld die einzige Quelle darstelle, aus der die deutschen Reparationen direkt bezahlt wurden. Aber er ist doch der Ansicht, dass diese Anleihen einen bedeutenden Faktor in der Herstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit gewesen seien. Wenn in Kürze die Sachverständigen des neuen Reparationsausschusses zur Feststellung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands zusammenentreten, so werden sie bei der Prüfung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an dieser Feststellung Coolidges nicht vorbeigehen können. Diese Feststellung befragt nichts anderes, als dass Deutschland seine Reparationsleistungen der letzten Jahre nie hätte aus eigener Kraft ausbringen können. Deutschland sieht sich das Geld von Amerika. Und aus dieser neuen Schuld wurde die alte Schuld (wenn man hier überhaupt von einer Schuld sprechen will) zu tilden versucht.

## Boncours neues Kabinett.

Das neue Kabinett des wiedergetretenen Boncours wird in erster Linie gekennzeichnet durch den Austritt der führenden Persönlichkeiten der radikal-socialen Partei, an ihrer Spitze durch den Ausscheiden Perrissot. So gewinnt die neu gebildete Regierung eine starke Neidlichkeit mit dem Kabinett des nationalen Blocks, möglicherweise auch noch die Unterstützung einer beträchtlichen Anzahl radikal-socialistischer Abgeordneter erhalten und Wähler aus Orléans und Maine-et-Loire an wichtigen Wahlen aufzuweisen. Der Name Maginot, des Kriegsministers der Ruhestellung, läuft in außenpolitischer Beziehung wenig Hoffnungen aufkommen. Maginot ist, wie er fürstlich erklärt wurde, in einer Denkschrift bekannt, hat ein Gegner der früheren Rheinlandräumung. Auch die Anwesenheit der rechtssocialen Maringruppe, die zwar nicht mehr durch ihren Häberer vertreten ist, aber zwei Vertreter ausgesetzt hat, läuft nichts Gutes erwarten. Die parlamentarischen Grundlagen des neuen Kabinetts sind gesichert. Auch wenn die gesamte radikal-socialistische Kammertaktion der neuen Boncours-Regierung das Vertrauen vermeiden sollte, was nicht auszusehen ist, würde Boncours immer noch über eine Mehrheit von 350 Stimmen gegen eine Linkswindigkeit von 280 Stimmen seiner Regierung erhalten und das Budget erledigen können. Im Senat ist er sowieso seiner Meisterschaft sicher. Interessant ist, dass Boncours das Finanzministerium abgegeben hat, um persönlich an den Reparationsverhandlungen teilnehmen zu können. Soll er etwa dem deutschen Volke als ein „unpolitischer Sachverständiger“ vorgelegt werden, nachdem er das Finanzdepartement in seiner Regierung niedergelegt hat?

## Der erste Kabinettstrat der neuen französischen Regierung.

**X** Paris. Der gestern nachmittags zusammengetretene Kabinettstrat hat 2½ Stunden getagt. Er beschäftigte sich mit den gegenwärtig zur Bearbeitung stehenden Fragen und der Aufarbeitung des Regierungsprogramms, über dessen Grundlinien man sich verständigt hat. Nach einer Beratung am kommenden Mittwoch wird die endgültige Abfassung der Regierungserklärung in einem für Donnerstag vormittag anberaumten Kabinett festgelegt werden. Die Verleistung vor dem Parlament erfolgt Donnerstag nachmittag.

## Ein amerikanischer Dampfer in Seenot.

New York, 12. Mai. Der Dampfer Besbris, der mit 210 Mann Besatzung und 140 Passagieren an Bord von New York nach Barbados und den östlichen Südamerikas unterwegs war, kam in einer 300 Meilen Entfernung von Spanien-Roads in schwere Seenot. Das Schiff geriet in der Nacht zum Sonntag in einen Sturm, in dessen Verlauf die Schied gestaute Ladung ins Rutschen kam. Der Dampfer hat ein großes Deck und ist im Sinken begriffen. Nach den letzten Meldungen von Bord lag er bereits so sehr nach Steuerbord über, dass das Deck auf dieser Seite unter Wasser kam, und dass er nicht weiterfahren kann. Es herrschte ziemlich karger Seegang.

Die Dampfer Santa Barbara und Voltaire hielten, dass sie in der Nähe der Unglücksstätte seien und dem Schiff Besbris zu Hilfe eilen. Ebenso halten die Dampfer San Juan, Creole, ein japanisches Schiff und fünf Küstenschutzschiffe, von denen eines mit über 20 Knoten Geschwindigkeit läuft, auf die Unglücksstätte zu, die ungefähr auf 37 Grad 25 Minuten nördlicher Breite und 71 Grad 8 Minuten westlicher Länge liegt. Am nächsten zur Hilfsleistung drückt der Tankdampfer der Standard Oil Co., Hanley Arrow sein, der etwa 70 Meilen von der Besbris entfernt ist. Das Marineamt hat den Chef der amerikanischen Flotte Admiral Wilson angewiesen, sofort Maßnahmen zur Rettung von Besatzung und Passagieren der Besbris zu treffen.

Die Besbris ist im Jahre 1919 erbaut und hat eine Wasserverdrängung von 10 484 Tonnen.

New York, 12. November. Der Dampfer Besbris, der, wie bereits gemeldet, etwa 300 Meilen von der amerikanischen Küste im Sinken begriffen ist, hat einen neuen dringenden Hilferuf an alle in der Nähe befindlichen Schiffe gerichtet. Die Besatzung hat bereits einen Teil der Rettungsboote zu Wasser gelassen. Da die Schiffssleitung der von ihr angegebenen Position nicht ganz sicher ist, wurden die Kompaßanstellungen der Seil-Funkstationen Fire Island, Sandhook, Montauk und übermittelt, um ihr die Berechnung der genauen Positionen zu ermöglichen. Ein Dampfer Corwin, anscheinend ein Fahrzeug der amerikanischen Marine, meldete um 11 Uhr amerikanischer Zeit, dass er etwa 100 Meilen von der angegebenen Position entfernt ist.

New York, 12. November. Der japanische Frachtschiffdampfer Ohio Maru hat den sinkenden Dampfer Besbris erreicht und bleibt in der Nähe, um die Passagiere an Bord zu nehmen, die um 12 Uhr 55 amerikanischer Zeit sich in die Boote begaben haben. Um 12 Uhr 25 war die Rettungsaktion des Besbris noch in Tätigkeit. Ein angekommener Dampfer ist nur noch sechs Meilen von der Besbris entfernt. Aus aufzunehmenden Funkrapporten geht hervor, dass auch der deutsche Dampfer Berlin zur Hilfsleistung unterwegs ist.

New York. Der Dampfer San Juan ist durch Funkstörung mit, dass er die Unglücksstätte, an der der Dampfer Besbris in Seenot geraten ist, erreicht habe. Er habe die Stelle abgelaufen, habe aber keine Spur von den Rettungsbooten entdeckt. Auch von dem Dampfer Portorico wurde ein Funkrapport gleichen Inhalts aufgelangen.

### Die „Besbris“ sinkt langsam.

\* London. (Telunion.) Wie ergänzend gemeldet wird, handelt es sich bei dem in Seenot befindlichen Dampfer „Besbris“ um ein britisches Schiff, das von New York nach Rio de Janeiro unterwegs war und 62 Meile 1. Klasse.

### Das drohende Defizit des Reichshaushalts.

\* Berlin. (Telunion.) Der Handels-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie hat im Spätherbst 1927 in sehr eindrücklicher Form Reichsregierung und Reichstag darauf hingewiesen, dass bei einer Fortsetzung der seit 1924 beschlossenen Reichsfinanzpolitik des Stat. des Jahres 1928 nicht werde ausgeglichen werden können und hat schon damals die dringende Forderung an die gelegenden Haushaltsschäden gerichtet, im Interesse der Wirtschaft, aber auch im Interesse der Staatlichkeit der öffentlichen Finanzierung, einen umfassenden Ausgabenabbau einzuleiten. Die damaligen Abschreibungen des Handels-Bundes sind unbedacht geblieben. Jetzt zeigt sich, wie richtig man dort die Entwicklung vorausgesehen hat und welche schweren Verantwortungen diejenigen auf sich geladen haben, die den Reichshaushalt 1928 einschließlich der in ihm enthaltenen weiteren Ausgabenabflüsse verabschiedeten. Der Handels-Bund rechnet auf Grund genauer Zahlenangaben heraus, dass das zweite Halbjahr eine Ausgabensteigerung von 300 Millionen Mark enthalte, die allein nur bei den Reparationsverpflichtungen. Bei der Aufschlüsselung sind noch der Berechnung des Handels-Bundes im zweiten Halbjahr des Stat. des Jahres 1928/29 rund 290 Millionen mehr zu zahlen, als in der ersten Hälfte des laufenden Stat.jahrs. Die angestellten Berechnungen führen zu dem Ergebnis, dass, sofern nicht im zweiten Halbjahr des laufenden Stat.jahrs eine ganz außerordentliche Abdrosselung aller Ausgaben eintrete, das Auftreten von weiteren Einnahmeveränderungen und starken Ausgabensteigerungen die Reichsfinanzen am häufigsten in ein Defizit von mehreren hundert Millionen Mark

19 Meile 2. und 45 ½ Meile außer der Belastung an Bord hat. Neben dem englischen Dampfer „Ohio Maru“ hat das amerikanische Marineministerium vier Küstenschutzschiffe und sechs Patrouillenboote zur Hilfeleistung entsandt. Die Passagiere haben inzwischen die Rettungsboote bestiegen. Nur der Kapitän und einige Besatzende befinden sich noch an Bord des Dampfers, der sich jeden Augenblick zu überschlagen droht.

### Rettungsboote der „Besbris“ geborgen.

New York. (Funkspruch.) Ein hier eingetroffener Funkspruch besagt, dass ein amerikanischer Dampfer Rettungsboote zur Hilfeleistung ausland. Die Passagiere haben inzwischen die Rettungsboote bestiegen. Nur der Kapitän und einige Besatzende befinden sich noch an Bord des Dampfers, der sich jeden Augenblick zu überschlagen droht.

### Bergung eines Rettungsbootes der „Besbris“

New York. (Funkspruch.) Nach einem weiteren Funkspruch sagt der amerikanische Dampfer unter 37,19 Grad nördlicher Breite und 70,88 Grad westlicher Länge auf dem Wasser flackerndes rotes Licht. Bald darauf gelang es ihm, das Rettungsboot des Dampfers „Besbris“, von dem das Licht ausging, längsdeut zu nehmen.

New York. (Funkspruch.) Wie ein Funkspruch besagt, hat der französische Tankdampfer „Mariam“ ein weiteres Rettungsboot der „Besbris“ aufgenommen.

### Die Rettungskontrolle für die Passagiere der „Besbris“.

New York. (Funkspruch.) Die Stelle, an der sich der Untergang des Dampfers „Besbris“ ereignet hat, wird von fünf Dampfern, darunter dem Schlachtkreuzer „Woming“, abschiffendes rotes Licht. Bald darauf gelang es ihm, das Rettungsboot des Dampfers „Besbris“, von dem das Licht ausging, längsdeut zu nehmen.

In der Passagierliste des gesunkenen Schiffes ist ein Reichsbünder, Hermann Rüder, jedoch ohne Kennung des Heimatortes, erwähnt.

### Lloyd-Dampfer „Berlin“ an der Unglücksstätte.

New York. (Funkspruch.) Der Dampfer „Berlin“ und weitere 8 Schiffe befinden sich jetzt in der Nähe der Stelle, an der noch den letzten Berichten der Dampfer „Besbris“ gesunken ist. Wie der Dampfer „Berlin“ sinkt, beginnt er sich nach der Stelle, die das amerikanische und das französische Schiff, die die beiden Rettungsboote des „Besbris“ aufgenommen haben, angeben.

### Die meisten Rettungsboote der „Besbris“ geborgen.

New York. (Funkspruch.) Der Dampfer „American Skipper“ teilt um 6 Uhr 15 durch Funkspruch mit, dass alle Rettungsboote der „Besbris“ mit Ausnahme eines Rettungsbootes und möglicherweise eines oder zweier sonstiger Boote geborgen sind.

sich im laufenden Haushalt einzustreben muss „Dicker Probleme“, so sagt der Handels-Bund, muss sich unbedingt der Reichstag jetzt sofort annehmen. Er darf die Dinge nicht mehr so wie bisher weiter laufen lassen. Er muss die Initiative in einer Revision des jetzt geltenden Haushaltplanes ergreifen.

### Zum deutsch-rumänischen Abkommen.

\* Berlin. Die Verhandlungen mit Rumäniens schweben seit neun Jahren und wurden in Berlin, Bukarest, Genf und anderwärts geführt. Die rumänischen Forderungen wegen der Roten der Banca Centrală belaufen sich auf über 1 Milliarde Mark. Mit der Annahme des Domänenplans änderte sich die Situation. Deutschland stellte sich auf den Standpunkt, es sei damit alles erledigt und Rumäniens hätte keine Sonderansprüche mehr. Die deutschen Forderungen deponieren sich auf die rumänischen Kriegsrenten, die weiter gezahlt werden sollten, was die Rumänen nicht anerkannten. Jetzt haben sich die Rumänen bereit erklärt, die Kriegsrenten wieder zu bezahlen und das deutsche Eigentum, soweit es noch nicht liquidiert ist, freizugeben. Deutschland zahlt ihnen dafür 75,1 Millionen Mark in vier Jahresraten, wogegen die Rumänen auf weitere Forderungen verzichten. Die erste Rate beträgt 30,1 Millionen Mark. Es folgen dann drei weitere Raten zu je 15 Millionen Mark. Damit ist reines Glück geschaffen und es kann nun zu Handelsvertragsverhandlungen geschritten werden.

### Zum Kriegsanleihebetrag.

Der von Frankreich ausgelieferte frühere Direktor des Berliner Delphi-Palais Schmid, ist in Berlin eingetroffen und bereits vom Unterjuchungsrichter verhört worden.

## Certisches und Sächsisches.

Riesa, den 18. November 1928.

\* Wettbewerbsfälle für den 14. November  
Riesa, den 18. November 1928.  
Gedreht von der Sächs. Handelszeitung zu Dresden.  
Dresden liegt stark bewohnt. Zeitweise noch Regentäufe.  
Im Hochland mild, auch Gebirge Edelsteine.  
Aus wechselnden Richtungen, zeitweise feucht.

\* Daten für den 14. November 1928. Sonnen-  
aufgang 7.18 Uhr. Sonnenuntergang 16.18 Uhr. Mond-  
aufgang 9.28 Uhr. Monduntergang 17.10 Uhr (Ordneter).  
354: Der Arzneilehrer Aurelius Augustinus in  
Tasche geb. (geb. 480).  
1716: Der Philologe Gottfried Wilhelm v. Leibniz in  
Hannover geb. (geb. 1646).  
1825: Der Schriftsteller Jean Paul (Friedrich Richter)  
in Bayreuth geb. (geb. 1763).  
1840: Der Bildhauer Auguste Rodin in Paris geb.  
(geb. 1840).

\* Ausschreibung. Dem 87 Jahre ununterbrochen  
bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft tätigen  
Ältermälter Paul Langer wurde heute das von der  
Handelskammer Dresden verliebene tragbare Ehren-  
zeichen in Bronze durch das Mitglied der Kammer Herrn  
Krautmann Braune ausgehändigt.

\* Plötzlicher Tod. Wie aus den Familiens-  
anzeigen zu erkennen ist, wurde Herr Richard Richter,  
Grenzstr. 5 (Stadtteil Weida) wohnhaft, von einem plötzlichen  
Tod überrascht. Auf dem Wege vom Schützenhaus  
wurde er von einem Blutszug befallen, der seinen unmittel-  
baren Tod zur Folge hatte.

\* Kuppelberatungskunde. Auf die dies-  
bez. Bekanntmachung des Bobbahnstamms der Amischaus-  
mannschaft Großenhain seien Interessenten hiermit auf-  
merksam gemacht.

\* Das erwachende Geschlecht. Am Frei-  
tag, den 16. November, gelangt im Hotel Röpke der  
Ségauf-Großfilm "Das erwachende Geschlecht" zur Vor-  
führung. Den einleitenden Vortrag hält Herr Dr. med.  
Gebler, Riesa.

\* Wohlfahrtspostmarken. Am 15. Novbr.  
1928 erscheinen die neuen diesjährigen Wohlfahrtspost-  
marken. Der Verkauf dieser Briefmarken findet außer  
bei der Post auch durch die öffentlichen und freien Wohlfahrtspostorganisationen statt. Für unsere Stadt Riesa  
hat das städtische Wohlfahrts- und Jugend-  
amt den Verkauf wie in den Vorjahren wieder  
übernommen, um auf diese Weise dazu zu helfen,  
dem städtischen Hilfswerk Mittel zuzuführen. Vom Ertrag  
verbleiben 80 Prozent derjenigen örtlichen Stelle, die die  
Marken vertreibt. Gegenüber den Vorjahren ist dieser  
Prozentanteil von 80 Prozent auf 85 Prozent erhöht worden.  
Auch in den letzten Jahren konnten dem Hilfswerk durch  
den Verkauf von Wohlfahrtspostmarken schon immerhin  
ganz ansehnliche Beträge ausgeführt werden, und zwar:  
1925: 550.44 RM., 1926: 507.15 RM., 1927: 577.78 RM. Nur  
von dem außerwohltäglichen Vertrieb hat die örtliche Stelle  
einen Nutzen. Deshalb kaufe jeder seine Wohlfahrtspost-  
marken beim städtischen Wohlfahrts- und Jugendamt oder  
bei dessen Verkaufsstellen: Stadtpostamt Riesa, Verwaltungs-  
stellen Große und Weida. Das Hilfswerk wird auch  
dieses Jahr wieder zu einer Weihnachtsspende für die  
heiligen Kleinkinder und sozialen Bedürftigen  
große Mittel brauchen, die aus vielen kleinen Posten  
zusammenfließen. Durch den Kauf von Wohlfahrtspostmarken  
kann jeder helfen, die Not unter unserer Einwohnerschaft  
zu lindern.

\* Betriebsbesichtigung. Gestern nachmittag  
besichtigte der Gastwirtverein Riesa und Umgegend die  
neuerstellten Geschäftsräume der Bier-, Likör- und  
Weinabhandlung Richard Liebster, Lindenstraße 38 (am Schlachthof). An der Besichtigung nahmen  
auf Einladung aus Vertreter der Presse teil. Die neu-  
zeitlich eingerichteten Küllereien und besonders auch die  
maschinelle Eis- und Kühlanlage wurden mit großem  
Interesse in Augenschein genommen und den sachverständigen  
Erklärunghen des Herrn Liebster aufmerksam gefolgt.  
Über die mutmaßlich erbauten und daher praktisch ein-  
gerichteten Räumlichkeiten sprach man sich sehr anerkannt  
aus. Das primitiv geordnete reichhaltige Warenlager  
machte auf die Besichtenden ebenfalls einen sehr guten  
Eindruck. Ganz besonders bewundert wurden die riesigen  
Weinfässer, die in den Kellergruben lagerten, von denen jedes  
hunderte von Litern edlen Weintrautes enthielt. Nach  
beendeter Besichtigung der Betriebsanlagen reichten Herr  
Liebster und dessen Gattin ihren Gästen einen kleinen  
Imbiß und durch die vertriebenen Proben des gut-  
geflogenen Weines konnte man sich von der Güte desselben  
überzeugen. — Das Männer-Doppelquartett "Schubert-  
bund" erfreute die Gäste durch einige  
Viedervorträge.

\* Beobachtungen beträger, der an Post-  
ämtern und Banken an Angestellte heran-  
tritt! Seit längerer Zeit tritt in den verschiedenen  
Städten des Reiches ein Beträger auf, der sich vorwiegend  
an Lehrmädchen oder weibliche Angestellte von Firmen  
heranträgt; sobald diese in Banken oder Postämtern arbeiten  
einzutragen oder solche dort abholen. Er erfüllt die betr.  
Personen, ihm Geld umzuschaffen und versteht es dabei, die  
Angestellten um beträchtliche Summen zu schädigen. Es ist  
notwendig, sämtliche Angestellte zu informieren und sie zu  
veranlassen, dem nächsten Polizeibeamten vom Auftreten des  
Beträgers Kenntnis zu geben. Letzterer wird beschrieben:  
Etwa 27 Jahre, jüdisches Aussehen, längliches gesundför-  
diges Gesicht, bartlos, trug kaffeefarbene, ins Thür-  
scheide gehörende Angen, ebensolche Hut und braune Schuhe.  
— Der Tonfilm im Rundfunk. Der leid-  
ziger Rundfunkender brachte am Montag Nachrichten-  
und Vorträge, die durch den Tonfilm übertragen wurden.  
Es handelt sich bei diesem von Professor Karolus-  
Leipzig erfundene Verfahren, um die Photographie von  
Tönen und Geräuschen auf einem lichtempfindlichen Film.  
Der Film, auf dem Rhythmus oder Tönefigur figiert sind,  
läuft auf einer Lichtbahn vorbei, die in einer Photolese  
so angeordnet ist, daß die Lichtschwankungen zu Schwankungen  
der elektrischen Spannung umgewandelt werden.  
Diese Spannungsschwankungen geben nach ihrer Verstär-  
fung in den Radiotanten und werden von dort wie irgend  
ein Schallfilzkonzert übertragen. An die Stelle der  
Schallplatte tritt in diesem Falle der lichtempfindliche  
Film und der Lichtstrahl vertreibt die Stille der Räume  
im Grammophonapparat.

\* Ein seltsamer Fall in der Straf-  
rechtsvöllege. Ein 26 Jahre alter Ingenieur war bei  
der Beauftragung eines falschen Marktes betroffen  
worden. Dies führte zu einem gerichtlichen Verfahren,  
das mit der Eingabe eines Geldstückes unter Neben-  
nahme der Kosten auf die Staatskasse endete. Der Inge-  
nieur, der sich unschuldig fühlte — es sind ja oft derartige  
ungläubliche Münzen in Umlauf — legte dagegen Berufung  
ein. Er erstrebte Entschädigung jenes Marktes. Die Berufung  
wurde von der Staatskammer des Landgerichts Dresden  
verworfen. Der Rechtsverfechter hat nun mehr auch noch  
die Kosten des Verfahrens zu tragen.

\* Luftpostsendungen nach Brasilien. Der  
neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren zu entrichtende  
Zuschlag für Luftpostsendungen nach Brasilien wird vom

20. November an auf 1 RM. 70 Pf. für Postkarten  
sowie für 5 Gramm anderer Briefsendungen erhöht.  
Für Luftpostsendungen nach Argentinien, Bolivien, Chile,  
Paraguay und Uruguay bleibt die bisherige Zuschlags-  
gebühr von 2 RM. für Postkarten sowie für 5 Gramm  
anderer Briefsendungen bestehen.

\* Die Staatsstraße von Rossen nach  
Dresden wieder frei. Seit vergangenen Sonnabend,  
den 10. November, nachmittags 3 Uhr, ist die Strecke der  
Staatsstraße zwischen Deutschenbora und Tanneberg wie-  
der aufgedoben. Der Verkehr, welcher über Deutschenbora um-  
geleitet wurde, ist nun von hier aus nach der Richtung  
Mitschafft-Dresden wieder auf geradem Wege möglich.  
Für Automobil- und Motorradfahrer ist das jedenfalls  
eine erfreuliche Nachricht.

\* Die Siesta ist wieder da. Einigung mit der  
Reichsbahn. Riesen statt Siesta. Zwischen der Siesta-Gesell-  
schaft, die seit dem 30. September ihre Tätigkeit einge-  
setzt hatte, und der Reichsbahn ist in neuer Vertrag  
unterzeichnet worden, wonach der Siesta gestoppt wird,  
anstatt der verbotenen Siesta wenigstens Rissen zu vermeiden.  
Für die Vermietung hat die Gesellschaft unbegrenzte  
Glaubnis bekommen; sie kann also in allen  
Städten beliebig viel Siesten anbringen.

\* Sächsischer Gewerbeschul-Verband. Der  
sächsische Gewerbeschul-Verband sieht am Sonntag in der  
neuen Industrieschule in Chemnitz im Beisein von Ver-  
tretern staatlicher und städtischer Behörden eine dies-  
jährige Hauptversammlung ab. In den Vorträgen des  
Studienrates, Stadtkonsistoriums, Waldheim und des Studien-  
direktors Groß-Radebeul kam zum Ausdruck, daß das  
sächsische Wirtschaftsministerium die vorgesehene Inspektion so-  
wohl der Gewerbe- wie der Berufsschule mindestens eben  
soviel Wirtschaftsministerium habe dessere Schulunternahme mit  
den in der Wirtschaft lebenden Berufen und Organisationen.  
Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine  
Entscheidung angenommen, die u. a. besagt: Der Dualismus  
im sächsischen Berufsschulwesen hat zu Verbürtigungen  
gelitten, die die Leistung und die Entwicklung dieser Schule  
sehr schwächen. Der Landtag wolle durch die Vereinigung  
aller gewerblichen und beruflichen Schulen unter dem  
Wirtschaftsministerium den Dualismus beseitigen. Bis zur  
Erlösung dieser Maßnahme seien durch Erlass eines Not-  
satzes für die zwei Ministerien unterstehende Schulen  
die gleichen wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen.

\* Gewerkschaftstagung. Der Landesverband  
Sachsen der sozialen Gewerkschaften Deutschlands hält  
am 18. d. M. seine diesjährige Landestagung im Italien-  
ischen Dorfchen in Dresden ab.  
\* Eine Kundgebung des Reichsausschusses  
der deutschen Mittelschicht. Der Reichsausschuss  
der deutschen Mittelschicht, bestehend aus dem Reichs-  
verband des deutschen Handwerks, dem Zentralverein  
des deutschen Einzelhandels, dem Centralverein der  
deutschen Gewerbe- und Gewerbe- und dem Schuhkartell der  
deutschen Geistesarbeiter mit vielen hunderten angegliederten  
Landes- und Fachvereinigungen, hat am 10. November  
an die Reichsregierung und an die Parlamente eine öffent-  
liche Erklärung ergeben lassen, die sich schwer gegen die  
von den Ortskonferenzen geforderte Erhöhung der  
Krankenversicherungspflicht grenzt auf 6000  
Reichsmark Jahresverdienst und gegen die Ausdehnung der  
Pflichtversicherung auf den gesamten selbständigen Mittel-  
stand ausspricht. In der Eingabe wird auf die große Ge-  
fahr einer derartigen Überspannung des Sozialver-  
trages hingewiesen.

\* Pflichten des Chauffeurs und des Bo-  
komotivführers bei nicht gesicherten Eisen-  
bahnbürgern. Wird eine Fahrtstraße von einem  
mit Schranken nicht versehenen Schienenweg überquert und  
findet hierbei die Sicht- und Höchstlinie besonders ungünstig, so daß ein nahender Zug von der Straße aus erst  
wenige Meter vor dem Bahnhübergang und auch dann nur  
auf geringe Entfernung wahrgenommen werden kann, dann  
muß sich der Führer eines Kraftwagens der gefährlichen  
Stellung so langsam nähern, als dies nach Lage der Ver-  
hältnisse möglich ist. Um sich zu vergewissern, ob  
ein Zug naht, muß er in angemessener Entfernung vor dem  
Bahnhübergang anhalten und den Motor abstellen. Diese  
Verpflichtung besteht unabhängig von der Verpflichtung  
zum Anhalten an der Warnungstafel, die eine vorgängige  
Aufführung der Annäherung eines Zuges voraussetzt.  
Aber auch die mit dem Vorhaben ausgestatteten Eisen-  
bahnbürgen müssen an derart gefährlichen Stellen mit erheb-  
lich herabgesetzter Geschwindigkeit und mit einer auf  
das äußerste geeigneten Vorsicht gefahren werden. (R. G.  
v. 25. 11. 27, I 559/27.)

\* Die Unterbringung von Fürsorgeab-  
lingen. In einem Rundschreiben des Ministers für Volks-  
wohlfahrt heißt es: Wie verschiedene Vorkommen in  
neuerer Zeit dargetan haben, kann es zu ersten Unzu-  
stänlichkeit führen, wenn besonders verwahrloste oder  
schwer erziehbare Fürsorgeabläinge in allzu großer Zahl  
bestimmten einzelnen Anstalten überwiesen werden. Eine  
derartige, zu weit gehende Ausweitung schwieriger Elemente  
innerhalb einer Anstalt stellt unerträgliche Anforderungen  
an die Erzieher und wird leicht zur Ursache offener  
Widerstreitigkeiten, deren die Anstalte schwierig nicht mehr  
Herr zu werden vermag. Wenn es an sich auch wünsch-  
bar sein mag, die Hölle schwerer Verantwortung  
durch Unterbringung in geeigneten Sonderanstalten von  
den übrigen Anstalten abzuwandern, so wird vor nach-  
teiligen Einflüssen zu bewahren, so wird doch nach den  
neueren Erfahrungen mit besonderer Sorgfalt darauf ge-  
achtet werden müssen, daß der einzelne Anstalt nicht  
Aufgaben zugemutet werden, denen sie nach Stärke und  
Zusammensetzung ihres Erziehersons oder nach Maß-  
gabe ihrer äußeren Mittel nicht gewachsen ist.

\* Die Unterbringung von Fürsorgeab-  
lingen. In einem Rundschreiben des Ministers für Volks-  
wohlfahrt heißt es: Wie verschiedene Vorkommen in  
neuerer Zeit dargetan haben, kann es zu ersten Unzu-  
stänlichkeit führen, wenn besonders verwahrloste oder  
schwer erziehbare Fürsorgeabläinge in allzu großer Zahl  
bestimmten einzelnen Anstalten überwiesen werden. Eine  
derartige, zu weit gehende Ausweitung schwieriger Elemente  
innerhalb einer Anstalt stellt unerträgliche Anforderungen  
an die Erzieher und wird leicht zur Ursache offener  
Widerstreitigkeiten, deren die Anstalte schwierig nicht mehr  
Herr zu werden vermag. Wenn es an sich auch wünsch-  
bar sein mag, die Hölle schwerer Verantwortung  
durch Unterbringung in geeigneten Sonderanstalten von  
den übrigen Anstalten abzuwandern, so wird doch nach den  
neueren Erfahrungen mit besonderer Sorgfalt darauf ge-  
achtet werden müssen, daß der einzelne Anstalt nicht  
Aufgaben zugemutet werden, denen sie nach Stärke und  
Zusammensetzung ihres Erziehersons oder nach Maß-  
gabe ihrer äußeren Mittel nicht gewachsen ist.

\* Notwendigkeit der Beibehaltung des  
Postkantons. Der Sachausschuß für Bantowellen  
beim Reichsrat für wirtschaftliche Verwaltung (WBB) hat  
bestimmt aus Antrag des Centralverbandes des Deut-  
schen Bank- und Bankiergewerbes (C. B.) und des Deut-  
schen Sparkassen-Giro-Bandes ohne Befragung des be-  
teiligten und sehr stark interessierten Handels die Beibeha-  
altung des Postkantons beschlossen, der der Postkantons-  
schaft die Betreibungen zur Einführung des Bantowellen  
durchsetze und große Gefahren des Missbrauchs und der  
Verfälschung mit sich bringe. Gegen diese Entscheidung  
wurde vom Reichsverband des Deutschen Groß- und  
Übersee-Handels e. V. sofort nach Bekanntwerden  
nachdrücklich Einspruch erhoben und darauf hingewiesen,  
daß in Kreisen des Großhandels, in denen sich der Post-  
kantons nicht sehr beliebt erweist, mit demselben die  
allergrößten Erfahrungen gemacht worden sind. Der  
Großhandel muß in der augenblicklichen Zeit darauf be-  
achtet sein, seine Interessen in jeder Weise zu verteidigen  
und steht in der Verwendung des Postkantons eine  
Ersparnismöglichkeit sowohl an Arbeitszeit und Papier  
als auch an Post. — Wie in der Zwischenzeit festgestellt  
werden konnte, steht man auch in Kreisen der Banken  
teilweise den erwiderten Beschwerden des WBB durchaus  
abgleichend gegenüber. Es ist unter diesen Umständen ge-  
fordert worden, daß die diesbezüglichen Beschwerden  
unterstützt werden, die die Befürchtungen der Bantowellen-  
betreibungen bestätigen.

\* Wulsdorf. Der 100. Geburtstag. Zu einem richtigen  
Volksfest hat sich die Feier des 100. Geburtstags  
unseres lieben Einwohners Karl Seiffert gezeichnet.  
Jung und alt der Bürgertum begehrte, am Bahnhof, begehrte. Sie  
ist auch eins der heimischen Unternehmen, die mit der Ent-  
wicklung unseres Städchens aus beschleunigen Anfängen  
herausgewachsen sind und das sich besonders in den letzten  
Jahren durch Umstellung auf den Kraftwagenbetrieb  
modernisiert.

\* Freiberg. Hindenburg als Vater. Bei der Laufe  
des neunten Sohnes der Eheleute Böse in Oelsnitz, die  
am Sonntag in der Kirche von Lutendorf vollzogen wurde,  
hat der Reichspräsident v. Hindenburg die Vaterrolle über-  
nommen. Der König ist das 15. Kind des Chepaars.

\* Greifswald. Der Jahrmarktswettbewerb am Sonntag war

Großenhain. Ein bedauerlicher Unglücksfall er-  
eignete sich am Spätnachmittag des Donnerstag am Kreuz-  
weg bei Kleinleinse. Eine Arbeitsschrein hatte ihre Unter-  
stützung in Großenhain im Empfang genommen und waren  
auf dem Radlaufweg begriffen. Beim Geltbol Klein-  
leinse verlor sie die Bremse und rutschte auf den Radlauf aus.  
Sie fuhr mit ihrem Rad nach und landete den Schuh im Graben.  
Sie war bewußtlos. Die erste Hilfe leistete Herr Dr. med. Stücke.  
Mit starken Schlägen wurde der Verunfallende durch das heilige Sanitätsauto dem  
Stadtfrankenhause zugeführt, von wo aus am Freitag seine  
Überführung nach der Heil- und Pflegeanstalt Arnsdorf  
erfolgte. Ein Bedauernswertes, der sich erst in voriger  
Woche verlobt hatte, war es auf seinem Rad unmöglich geworden, er fiel zu Boden und wurde in diesem Augenblick von  
einem vorüberfahrenden Auto erfaßt und durch den Fußwagen mit fortgeschleift und schließlich auf die Seite geschleudert. Das Auto ist bis jetzt nicht ermittelt. — Infolge Ausgleitens der der Arbeit verunglückte am Sonnabend  
gegen 2 Uhr in den Gründen Konnerth aus Krauschütz d. Gr. Mit verschiedenen Verleihungen wurde der Verunglückte dem  
Stadtfrankenhause mittels Krankenauto zugeführt.

\* Sommerfest. Bei der Feier des diamantenen Hoch-  
zeit des Chepaars Stephan in Kommaßdorff hatten sich die  
Kinder, Enkel und Urenkel des Chepaars in der Deut-  
schen Eiche am Sonntag zusammengefunden. Auch Herr  
Reichspräsident Dittmar aus Niemitz mit Familie, auf dessen  
Tau das Chepaar Stephan 49 Jahre lang im Dienste gehabt  
hat, war mit erschienen, um den Ehrentag seines  
treuen Dieners zu feiern. Eine ganz besondere Ehre  
wurde dem diamantenen Jubelpaar dadurch zuteil, daß es  
von Reichspräsidenten eine Ehrennadel erhielt. Herr Pfarrer  
Sandmann, Kommaßdorff, richtete an das Jubelpaar eine An-  
sprache, die er zu einem Loblied auf die Treue gehalten  
und an deren Schluss ein Glückwunscheschreiben des Reichs-  
präsidenten dem Jubelpaar vorlesen wollte.

\* Sommerfest. Am Jahrmarktfesttag ist der Um-  
stand, daß in vielen Orten unserer Umgebung Alters- und  
Wochen- und Monatsabende in der Deutschen Eiche am Sonntag  
zusammengefunden. Auch Herr Reichspräsident Dittmar aus Niemitz mit Familie, auf dessen  
Tau das Chepaar Stephan 49 Jahre lang im Dienste gehabt  
hat, war mit erschienen, um den Ehrentag seines  
treuen Dieners zu feiern. Eine ganz besondere Ehre  
wurde dem diamantenen Jubelpaar dadurch zuteil, daß es  
von Reichspräsidenten eine Ehrennadel erhielt. Herr Pfarrer  
Sandmann, Kommaßdorff, richtete an das Jubelpaar eine An-  
sprache, die er zu einem Loblied auf die Treue gehalten  
und an deren Schluss ein Glückwunscheschreiben des Reichs-  
präsidenten dem Jubelpaar vorlesen wollte.

\* Döbeln. Ein gefährlicher Messerheld. Ein 18jähriger  
auswärts hier aufgewachsener Bauer, der in seinem  
Haushalt im "Stadt Dresden" abgehalten abend in einem  
ca. 100 m. langen Saal im "Stadt Dresden" abgehaltenen Vereinsvergnügen erschien,  
wurde zunächst im guten Erstaunen, das Voral zu verlassen,  
was er auch tat. Kurz darauf erschien er erneut im Saal  
worauf er von einem hier wohnhaften 60jährigen Arbeiter  
der sich dort als Gast befand, vom Saal nach der Haustür  
getragen wurde. Zwischen beiden kam es dort zu Streitigkeiten,  
worauf der Hinter der Mauer auf die Straße  
brachte. Dort zog der Bauer einen Dolch und drohte  
dem älteren Arbeiter drei Schlägen bei, worauf ein  
schnell lebensgefährlich erschien. Auf Anordnung eines  
sofort herbeigerufenen Arztes wurde der Verletzte in das  
Stadtfrankenhause gebracht. Wenn auch z. B. Lebens-  
gefahr nicht besteht, so ist sein Zustand immerhin noch sehr  
bedenklich. Der Täter, der sich bereits entfernt hatte, konnte  
später von der städtischen Polizei in einer Wohnung in  
Kleinbauchitz festgenommen und zur weiteren Klärung des  
Vorfalls der sächsischen Kriminalpolizei übergeben werden.

\* Döbeln. Neuer Zumut im Stadtvorstandeskollegium.  
Im amtlichen Berichte über die jüngste Stadtverordneten-  
sitzung heißt es: In der Badstage begeht zunächst Herr  
Sta. Götschel zur Geschäftsführung das Wort und erklärt,  
daß er, nachdem er die beiden Schriften zum eingesetzten  
Projekt, die des Stadtrates und die des Verkehrs- und Ver-  
bundungsvereins, verglichen habe, schließen könne, daß die  
des Stadtrates weit sachlicher sei; dagegen lädt die  
Schrift des Verkehrs- und Verbindungsvereins Unkennt-  
lichkeit erkennen. Hierauf ergreift Herr Sta. Gö

\* **Dresden.** Tagung kommunalischer Berufsschullehrer. Am Donnerstag fand im Gewerbevereinsgebäude die Fahrsicherheitskommunion der kommunalen Berufsschullehrerfräulein des Aufbauschulamtes Dresden III statt. Der Vorsitzende, Oberdirektor Dr. Grätz, rührte eine herzliche Ansprache von Gästen, darunter Vertreter des Staatsministeriums, der Stadt- und Gemeinschaftsverwaltungen, Schulen, Gewerbevereinen, den Stadt- und Gemeinschaftsverbänden, Schülern, Jungmannen und Freunden. Um Einschluß daraus dient es auf Grund einer im Auftrag des Volksschulministeriums unternommenen Studienreise nach Österreich einen Bericht über die Berufsschule in der Wiener Schuleform, und auch einen Überblick über die Organisation der Wiener Berufsschulen. Den amelius Horras stellt Gemeinschaftsverein "Gut über die Geschichte und die Zukunft ihrer Erinnerung in der Berufsschule" vorbereitet. Zum Abschluß lädt Schule Vorburg aus Moritzburg die von ihm verantworteten technischen Modellelektroden vor, die der Schülern vor allem aus Lehr- und Anschauungsmaterial und als Beizettel der Berufsschule verwendet werden. Den Nachmittag beendeten die Teilnehmer zu einem Besuch des Reichsmuseums in der Löwstraße, der Jugendherberge in der Gollmühle sowie der neuen staatlichen Weinbauschule.

- **Dresden.** Brand einer Baubude. Ein interessantes Schauspiel bot sich am Montag den Pionieren der Augustus- und der Marienbrücke. Kurz nach 8 Uhr vormittags war am Mittelpfeiler Nr. 1 der Mittelpfeiler einer höheren, zum Neubau des Städtischen Spitals gehörigen Baubude in Brand gesetzt. Das gaupte in der Nähe verkehrende Feuerlöschboot legte sofort vor der Brandstelle an und gab mit dem sogenannten Wenderohr Wasser. Auch die rasch an der Brandstelle eingetroffene Feuerwehr leiste noch zwei Leistungen von den Stachelschäben aus Tötigkeit. Binnen zehn Minuten war der Baubudenbrand niedergeschlagen. Die erhebliche Rauchentwicklung, im Verein mit der großen Rauchentwicklung und dem mächtigen, vom Feuerlöschboot aus auf das Brandobjekt herabfallenden Wasserstrahl boten ein selten schönes Schauspiel. Der durch den Brand angerichtete Sach- und sonstige Materialschaden ist nicht allzu erheblich.

- **Dresden.** Verkehrsdelikt. 2 Verletzte verlegt. Ein aufragender Vorgang ereignete sich am Montag in der 7. Abendstunde in der Überstadt an der Kreuzung der Goethe- und Königsbrücker Straße zu. Ein Kleinauto, das angeblich in sehr tonnalem Tempo mittendrin auf der Königsbrücker Straße verkehrsabgängen kam, erschlug zwei die Sababahn überquerende Personen. Es waren dies ein jüngeres Mädchen und ein Angehöriger der Reichswehr, die beide verlegt wurden, und deren Transport nach dem Krankenhaus begann. Standortkasse war notwendig made. Der Besitzer und Führer dieses Autos, ein Betriebsleiter, wurde von Beamten der Umlaufkommission nach dem Dresdner Kriminalamt führt, wo die weiteren Vernehmungen zwecks Klärung der Schulfrage erfolgten. - Der Tod auf den Eisenbahnlinien. Auf der Strecke der Reichsbahn zwischen Tharandt und Hainsberg ließ sich am Montag ein im Anfang der zwanziger Jahre lebender Arbeiter Stüdi Wöbel überfahren. Was den jungen Mann zu diesem Schritt getrieben, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Wöbel war in Sommersdorf wohnhaft, ihm wurde der Kopf vom Blumpe getrennt.

- **Dresden.** Zu den Vorkommessen im Krankenhaus Dresden-Johannstadt, mit denen sich die Stadtverordneten in ihrer leichten Sicht beschäftigt, wird uns anderweit noch folgendes geschildert: Dieser unglaubliche Streich bestätigt begreiflicherweise die Besiedlung nach wie vor auf das Lebendste. Wie ist nun diese Vorgehnisse des falschen Arates in strafrechtlicher Beziehung zu beurteilen? Allgemein wird angenommen, es liege ein großer Unfall vor. Dem ist aber nicht so. Die Handlungswweise, die hier begangen worden ist, erfüllt den Tatbestand des Hausfriedensbruchs und ferner auch der vollendeten Amtsausübung insfern Heller widerrechtlich eingedrungen ist und dann auch angestellt mit einem Argument die Tätigkeit eines amtierenden Stationärarztes usw. angesichts hat. In vorgenannter Richtung wird also Heller zur Verantwortung zu ziehen sein, vorausgesetzt, daß er auch hierfür strafrechtlich verantwortlich erklärt wird. Anläßlich seiner leichten Aburteilung am 21. September 1928, wo das Gericht auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust erkannte, erklärte Gerichtsmedizinalrat Dr. Oppo, den bekannten § 61 StGB, als nicht eindeutig, bezeichnete den Angeklagten aber als gemindert zurechnungsfähig, der diesen Balkand offenbar benutzt, um Straftaten zu begehen. Anläßlich dieses Streichs, der mit leicht großer Entzündung beworfen wird, wird mit einer gemindert zurechnungsfähigen Person zu rechnen haben, um neue ähnliche Vorkommisse zu unterbinden. Und das Heller gerade zu derartigen Streichen neigt, ja gewissermaßen dazu veranlagt ist, ergibt sich schon aus der Tatsache, was er früher begann und weshalb er zur Verantwortung gezogen werden mußte. Als falscher Gerichtsassistent hatte der seinerzeit Verurteilte nach einer Wohnung in der Ammonstraße bestellt und dort Untersuchungen vorgenommen, um Gutachten für Gnadenbegüte abzuführen. Sein persönliches Auftreten läßt nicht den geringsten Verdacht aufkommen, daß man es mit einem Manne zu tun haben könnte, der unter den Nachwirkungen einer Infektion leidet. Wie aus der Antwort des Rates der Stadt Dresden auf die Anfrage einer Stadtverordneten zu entnehmen ist, hat der Zwischenfall im Johannstädter Krankenhaus an allerlei Maßnahmen geführt, die ein erneutes Eindringen fast unmöglich machen, aber auch den sonstigen allgemeinen Verkehr erschweren. Und das ist eine unerträliche Erscheinung, wie sie wegen derartiger Handlungen zu verzeichnen sind. Was die Person Heller noch anlangt, so hat sich herausgestellt, daß er mit den Vorkommessen vor drei Wochen im Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt nicht in Verbindung zu bringen ist. Der Fall Heller hat aber auch bereits zu Verwüstungen geführt. Vor einigen Jahren war in den Dresdner Verhandlungssälen für Strafsachen wiederum ein falscher Gerichtsmediziner aufgetaucht. Dieser hatte es fertiggebracht, unter Benutzung gefälschter Kollegiaten, als fünftiger Gerichtsrat zu geheimen Gerichtsverhandlungen zugelassen zu werden. Dieser Schwundler war ein gewisser Dr. der nicht mit dem vorge nannten Arzt zu tun hat.

\* **Dresden.** Unbekannter Totschlagsverbrecher. Am 27. Oktober und 7. November zwischen 3 und 4 Uhr vormittags ist im Prienhtunnel an der Unterführung der Augustusstraße und in der ausgemauerten Verbindung der Prienhtunnelung ein unbekannter Totschlagsverbrecher aufgetreten. Er hat ein 3- und ein 5jähriges Mädchen angegriffen und sich unfehlbar an ihnen vergangen. In beiden Fällen handelt es sich um einer etwa 45 Jahre alten gut gekleideten Mann von kräftiger Figur.

\* **Dresden.** Amtsgerichtspräsident Dr. Becker gestorben. Am Montag früh starb im 74. Lebensjahr der frühere Präsident des Dresdner Amtsgerichts, Dr. jur. Arthur Becker. Besonders bekannt war Dr. Becker durch seine gewissenhafte Wirksamkeit, vor allem im Dienste des Verbandes für Jugendhilfe, dessen Vorsitzender er seit 1910 war.

\* **Dresden.** Eigenartiger Unfall. Am Montag gegen 12 Uhr ereignete sich auf der Johannstraße, Ecke Schlegelgasse ein eigenartiger Unfall. Ein Elektromotor, der dort an elektrischen Leitungen zu tanze, ließ verfeindlich eine Sonne fallen. Diese traf einen zwecklosen jungen

Mann auf den Kopf. Die Dame wurde so erheblich verletzt, daß sie blindenfahrt zu einem Bett gebracht werden mußte.

\* **Dresden.** Gelbes Gewürzglasur zu Tode. Gestern war gegen 10 Uhr, beim in Radebeul befindlichen Geschäft Durchsichtsdeckenglasur August Weiß Hermann und Sohn Gläsern Marie Theresia und August verstorben. Diese Glasur wurde vom Fabrikanten nach einem kleinen Glasurzettel durch den Werksgeselligen Hermann Weißer ausgegeben, der den beiden Gläsern der Kirchengemeinde und denjenigen des evangelisch-lutherischen Landeskirchenfonds unter gleichzeitiger Übereinigung einer Glückwunschkundgebung überreicht.

\* **Dresden.** Rentenversorgung. Gleichzeitig der Rentenversorgung wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichtsraum wurde in der Stadtkirche eine Friedensmahlzeit abgehalten, bei der das "Brot zum Leben" von der Kirche aufgeführt wurde. Abends ging im "Stern" eine spezielle Oper "Die Wege als Heroin" in Szene.

\* **Görlitz.** Schule. Ein Gymnasium. Im Unterrichts



### Aus dem Reichstag.

Berlin. (Hanskyrchen) Der Reichstag war der Dienstag Vormittag wieder für Sitzungen der Fraktionen und der Ausschüsse vorbehalten.

Der Handelsausschuss trat zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Für ihn hat sich zwischen einer Menge Beratungsmaterial angesammelt, darunter wohl als wichtigstes die Oilsonderträge für die Grenzgebiete des Reiches.

Der Ausschuss für Binnenschiffahrt und Verkehrsverwaltung versammelte sich zur Besprechung über die Anhörung von Interessenverbänden.

Als erste der Fraktionen trat um 11 Uhr die Bayerische Volkspartei aufzunehmen. Für 12 Uhr hatten die Deutsche Volkspartei und die Demokraten ihre Fraktionsbesitzungen eingerichtet, für 1 Uhr die Wirtschaftspartei.

Die Plenarsitzung des Reichstages, in der die Auswertungsdebatte fortgesetzt wird, beginnt um 2 Uhr nachmittags. Als erster steht der Sozialdemokrat Brandes auf der Rednerliste. Darauf werden die Vertreter der anderen Parteien nach der Fraktionsstärke folgen: Der deutsch-nationalen Redner v. Eindecker-Wilhelm, Dr. Moldenhauer (Deutsche Volkspartei) und der demokratische Gewerkschaftsführer Schneider-Berlin.

Unmittelbar nach der Sitzung flossen noch zwei Ausschüsse neu ab: nämlich der Ausschuss für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms und der Untersuchungsausschuss für die Kriegsursachen.

### Zentrum grundsätzlich für Große Koalition.

vda. Berlin. Auf dem Vortag des Westfälischen Zentrums wurde die Gesamtpolitik ausführlich durch das Hauptreferat des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Schreiber-Münster erörtert. Der Redner erklärte, dass das Zentrum der Meinung sei, dass wegen der großen politischen Fragen, die im Winter gelöst werden müssen und unter denen sich solche der Reparationspolitik, der Steuerpolitik und der Außenhandelsfragen zwischen Reich und Ländern befinden, im Reiche eine Regierung mit starker Grundlage gebildet werden müsse. In den letzten Jahren habe man sich in Reich und Preußen auseinandergeredet; nun müsse eine endgültige Koalition zwischen dem Reich und Preußen gebildet werden. Das Zentrum sei grundsätzlich bereit, eine stabile Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass noch kritische Vorfragen gelöst werden. Es habe keinen Zweck, die gegenwärtige Regierung umzuwidmen, wenn der Bestand nicht gefährdet ist und wenn im Reichstage Anträge gestellt werden, die wie Sprengpulver wirken. Über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern führt der Redner aus, seine Partei wünsche, dass nicht mit Majoritätsentschlüssen Meinbrüder gesprengt werden, sondern dass man möglichst viele neue einzubauen. Das Zentrum werde deshalb starke Fähigkeit mit der Bayerischen Volkspartei hoffen. — Außenpolitisch sprach sich der Redner für Beibehaltung der Gründgedanken der Locarno-Politik aus, warnte aber vor zu großem Optimismus und wandte sich ausdrücklich gegen die Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, die auch heute noch, wie früher, maßgeblich von einer bestimmten Schicht beeinflusst werde. In einer Resolution verurteilte der Vortag die Soltung der rheinisch-westfälischen Arbeitgeber in der Frage der Aussperrung der Eisenarbeiter und erklärte die Reichsregierung, Kleunig die Beliegung des Konfliktes zu erstreben.

### Das Bekenntnis Straßburgs

#### zum Autonomiegedanken.

Nach der Ungültigkeitsklärung des Mandate Mittag und Rossé und nach Ablehnung einer Vereinigung der Ungelehrten durch eine Amnestie ist die Sitzung in Elsaß-Lothringen außerordentlich geregt worden. Eine große Versammlung in Straßburg hat noch eine befürchtete Sanktion dadurch verhindert, dass der im Abwehrheitsverfahren verurteilte Dr. Ross aus der Schweiz zurückgekehrt ist und sich in der Versammlung der französischen Autonomie gezeigt hat, während hinter ihm eine große rot-weiße österreichische Fahne entfaltet wurde. Mit ihren Leibern haben die Versammlungsteilnehmer es verhindert, dass die Polizei den Märtyrer der elsass-lothringischen Freiheitsbewegung verhaftet hat. Als dann die Versammlung aufgelöst wurde, gingen Demonstrationsträger durch die Straßen, die sich erst nach Mitternacht auflosten. Politisch wichtig ist die Neuauftreibung der gesamten Autonomiefrage durch den nun kommenden neuen Prozess, der nach französischem Recht gegen den Leinenzeug im Abwehrheitsverurteilten Dr. Ross geführt werden muss. Es hätte in der Hand der französischen Regierung und Kammermehrheit gelegen, durch eine rechtzeitige Amnestie die Neubefreiung des Kampfes zu vermeiden, die nach den bisherigen Erfahrungen der Sache Frankreichs in Elsaß-Lothringen nur abwegig sein kann. Über Frankreich überträgt mit einem ungetrennten Eigentum die wahren Stimmen und rüttet so nach dem Urteil einer kleinen Gruppe von Ullmanns-Anhängern, die in jedem Nachgeben eine Erschütterung der französischen Stellung sehen zu müssen behaupten. Dies kann man mit Recht sagen, doch die Götter mit Blindheit schlugen, wen sie verderben wollen.

### Die Feier der Republik in Wien.

Wien. (Tel.) Nach dem Vorbeimarsch der Verbündeten des Bundesheeres auf dem Stephanplatz, anlässlich der Feier der Republik, kam es am Montag beim Vorbeimarsch eines Bataillons Infanterie in die Nähe zu hämischen Szenen. In den Straßen, durch die das Bataillon zog, hatten sich viele Sozialdemokraten mit roten Tüchern in den Knopflöchern aufgestellt und empfingen die Truppen mit Vielen und lauten Rufen. Diese Kundgebungen wurden von den isoliertheitshabenden Menschen mit hämischen Heiterkeiten erwidert. Die Sozialdemokraten verluden mehrmals den Marsch der Verbündeten zu durchbrechen. Zwischen ihnen und den übrigen Autokavaliere kam es zu Blümchen, denen die Sicherheitswache durch die Verhaftung des Ruhethörer ein Ende mache. Als sich das Bataillon der Ringstraße näherte, nahm die Karneval immer mehr zu. Offen ein Rottke Marsch der Blümchen löste unbedeckten Jubel aus, woran die Blümchen der Sozialdemokraten untergingen.

### Der Fall Bitwinow.

Wien. Wie darauf berichtet, hat hier mit der Untersuchung des Falles Bitwinow betraute Polizeikommissar seine Arbeiten abgeschlossen und alles hierauf bezügliche Material, darunter neben vorgefundene Nachschlüssel im Werte von 200.000 Pfund Sterling, dem Untersuchungsrichter übergeben. Bitwinow selbst hat die möglicherweise Wohnung, die er in Wien bewohnte, verlassen und ist seitdem verschwunden.

## Der Ruhr-Konflikt vor dem Reichstag.

vda. Berlin, 12. November 1928.  
Aus der Tagesordnung der deutlichen ersten Reichstagsitzung nach den Sommerferien stehen die Anträge und Interpellationen, die sich mit der

### Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie

beschäftigen. Die Kommunisten haben neben einer Interpellation zwei Anträge eingereicht, in denen die Gewährung der Arbeitslosen-Unterstützung an die Ausgesperrten und die Aussiedlung des geflüchteten Schlichtungswesens verlangt wird.

Das Zentrum beantragt die Gewährung der Arbeitslosen-Unterstützung an die Ausgesperrten und Aenderungen der Tarifvertrags-Verordnung und der Schlichtungs-Verordnung in dem Sinne, dass Streiks und Aussperrungen während der Gültigkeit eines Tarifvertrages unzulässig sein sollen.

Das Zentrum hat außerdem eine Interpellation eingereicht.

Die Sozialdemokraten beantragen die Annahme eines Gesetzes zur Unterstützung zu Unrecht ausgesperrter Arbeitnehmer. Danach soll den Ausgesperrten die Arbeitslosen-Unterstützung ausgeschahlt und die an der Aussperrung beteiligten Arbeitgeber sollen zum Erlass der Kosten herangezogen werden.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 8 Uhr und teilt mit, dass er anlässlich der glücklichen Ankunft des Beppelius-Pakts in Amerika namens des Reichstags ein Glückwunschtelegramm an Dr. Eckener gesandt habe. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Dr. Heid (Nat. Soz.) zur Geschäftsvorordnung das Wort. Er beantragt, an den deutsch-österreichischen Nationalisten ein Telegramm zu richten, in dem der Deutsche Reichstag seine Sympathie für den deutsch-österreichischen Zusammenschluss bekundet. Er beantragt weiter, die Reichsregierung möge auf der nächsten Tagung des Volksbundes erwirken, dass jene Bestimmungen in Wirklichkeit gelebt werden, wonach das deutsche Volk selbst über den Anschluss entscheiden könnte.

Die soziale Beratung der Anträge wird gegen die Antragsteller und die Deutschen Nationalen abgelehnt (Vater d. Nat. Soz.).

Die Beratung der Anträge zur Aussperrung wird eingestellt durch eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein.

Das Wort erhält sofort

### Reichsarbeitsminister Wissell

zur Beantwortung der vorliegenden Interpellationen. (S. gestrichen. Bericht.)

Redner führt des weiteren aus: Was die wirtschaftlichen Einwände der Arbeitgeber gegen die Verbindlichkeitsklärung angeht, so habe er nur das Ergebnis seiner Überlegungen in kurzen Worten in die schriftliche Begründung aufgenommen, soweit das erforderlich gewesen sei. Es liegen übrigens Anzeichen dafür vor, dass die Gewerke, wonach in Arbeitgeberkreisen zunächst eine gewisse Reaktion zur Annahme vorhanden habe, durchaus nicht unglaublich seien. Der Arbeitgeberverband habe auch Rechtsbedenken geltend gemacht. Der Minister erklärt, wenn er sich in einer Erörterung der Rechtslage einlässt, wolle er sich damit der Entscheidung der zuständigen arbeitsgerichtlichen Instanz nicht vorgreifen. Die Entlastung der Arbeitnehmer auf Grund der Kündigungen habe nur erfolgen können, wenn am 1. November ein tarifloses Ju-land einztrat; andernfalls hätten die Entlassungen eine Verletzung der Pflichten des Tarifvertrages bedeutet. Der Minister betont, dass nach seiner Auffassung ein solcher tarifloses Zustand nicht eingerettet sei; der Arbeitgeberverband sei verpflichtet gewesen, seine Mitglieder zu veranlassen, die Kündigungen zurückzunehmen in dem Augenblick, als ihnen das Zustandekommen des neuen Tarifvertrages bekannt geworden sei. Er habe jedoch seine Mitglieder an diesem Zeitpunkt ausdrücklich angewiesen, den Dingen freien Lauf zu lassen. Von den Arbeitgebern werde behauptet, dass der Schiedsspruch aus verschiedenen Gründen ungültig sei. Selbst wenn dies der Fall wäre, würde die Aussperrung nicht erforderlich gewesen sein. Die Ausdruckung der Rechtsstreitigkeiten könnte auch ohne Aussperrung auf dem gleich vorgesehenen Wege erreicht werden. Von der weiten Cestenlichkeit ist es das aber nicht gebilligt worden, dass die Arbeitgeber trotz dieser Möglichkeit einen Arbeitkampf herbeigeführt haben, der in seinen Auswirkungen unbestimmt und Milliarden in schwerste Bedrängnis bringt und der Wirtschaft schwere Wunden schlagen muss.

Bon den Arbeitgebern wird eingewendet, dass der Schiedsspruch aus formellen Gründen ungültig sei, weil er allein mit der Stimme des Vorstandes erlassen sei. Der Minister erklärt, er weiß nicht, woher dies den Arbeitgebern entgegen dem Vertragsgeheimnis bekanntgeworden ist. Auch wenn man das aber als nicht unterfiele, stehe ein rechtsgültiger Schiedsspruch vor. In den Ausführungsbestimmungen der Schlichtungsordnung ist ausdrücklich bestimmt, dass die Stimme des Vorstandes allein entscheidet, wenn eine Mehrheit nicht zu erreichen sei. Weder soll eine Schiedssprache auf diese Weise aufzutreten kommen, ohne dass Einwendungen erhoben werden. Weiter werde behauptet, dass die vorge schlagene Regelung hinsichtlich der Akkord- und Prämienarbeiter, die 2 bis 30.000 Lohnen erhalten sollen, ungültig sei, weil sie in den geltenden Rahmenarbeitsvertrag eingreife.

Tatsächlich liegt eine Aenderung des Rahmenarbeitsvertrages nicht vor. Der Rahmenarbeitsvertrag gebe nur eine allgemeine Richtlinie für die Errechnung des Akkords, die im Rahmenvertrag in ständiger Nutzung näher ausgeführt werden soll. Der Minister erklärt, dass er bei dieser Rechtslage keine Bedenken haben könne, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Nachdem trotzdem die Aussperrung ausgesprochen war, habe er sich am möglichen Verhinderung des Verfahrens bemüht. Er werde das auch weiterhin tun. Insbesondere sei er auch bereit, der Sprungrevolution stattzugeben. Eine neue Vermittlung der Reichsregierung könne bis zur Klärung nicht in Betracht kommen. Er kann nicht die Hand dazu bieten, dass der Tarifvertrag infolge einer unzulässigen Kampfhandlung einer der Parteien abgedient werde. Trotzdem sollte er auch jetzt noch die Herzhaftung eines Zustandes für möglich, dass in den Betrieben weitergearbeitet wird und die Rechtsfragen auf dem arbeitsgerichtlichen Wege ausgetragen werden. Von den deutschen Wirtschaften würde durch Beschleunigung dieses Weges eine schwere Bedrängnis genommen werden. Wenn sich aber die Arbeitgeber auch jetzt zur Wiederöffnung der Betriebe nicht entschließen könnten, dann müsste sie sich ihrer Verantwortung für diese Unterlassung bewusst sein. In dieser Beurteilung glaubt er einig mit der großen Mehrheit der deutschen Oberschicht zu sein. Wer sich in einen so schweren Kampf begebe, müsse wissen, dass dessen Auswirkungen in gar keinem Vergleich jeden Schiedsspruch durchsetzen werden. Wenn eine Rech-

azum eine erzielten Erfolge stehen könnten, dass die Rothenbergberge Peterschichten einlegen müssten, dass der Einzelhandel in schwerster Weise getroffen werden würde, und dass auch das Geschäftsleben der Städte auf das empfindlich beeinträchtigt werden würde.

Jedenfalls dürfen nicht Mittel angewendet werden, die bei dem für Deutschland so schweren Wettbewerb am Weltmarkt zu einer ernsten Gefährdung unserer Wirtschaft führen könnten. Man müsse das allgemeine Wohl über das Wohl des Einzelnen stellen. Er glaubt sehr gern, dass die Ausverwertungen von den Arbeitgebern nur deswegen vorgenommen werden sollen, um den Bestand der Werke in Zukunft überhaupt zu ermöglichen. Allerdings würden den Unternehmern auch Beweggründe für die Aussperrung unterstellt, die geradezu als ungeheuerlich bezeichnet werden müssten. So werde behauptet, der Kampf der Arbeitgeber gehe um die Aenderung des Schlichtungsverfahrens.

Er — der Minister — könnte nicht glauben, dass die Unternehmer, um eine Aenderung des Schlichtungsverfahrens zu erreichen, eine derartige Ausverwertung vorgenommen haben sollten. Leider hätten die falschen Behauptungen über die Gründe der Arbeitgeber zur Aussperrung viel zur Verhinderung und zur Vergiftung der Atmosphäre beigetragen. Er glaubt auch nicht, dass irgendwelche Preisgegenseite bei der Frage der Wiedereröffnung der Betriebe eine Rolle spielen könnten. Es wäre jedenfalls erfreulich, wenn der Reichstag mit möglichst großer Mehrheit einen derartigen Wunsch aussprechen würde.

Der Minister beschäftigt sich dann mit den Anträgen auf Aenderung der Schlichtungsverordnung und bezeichnet den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo man unter dem Druck der Aussperrung stehe, als denkbare ungünstigste für die Beratung solcher Anträge. Er selbst halte eine Änderung weder für erforderlich noch wünschenswert.

Der Minister bittet die Parteien, ihre Anträge an diese Frage anständig zurückzustellen. In der Frage der Aussperrung habe der Vorstand des Reichstags zunächst einen ablehnenden Beschluss erteilt. Die leichte Entlastung fällt aber im Sprachverfahren. In den in dieser Frage vorliegenden Anträgen aus dem Hause habe die Regierung noch nicht Stellung nehmen können. Unter Vorbehalt dieser Stellung erkläre er aber für seine Person, dass erhebliche Bedenken dagegen bestanden, die Folgen der Aussperrung in bestimmten Fällen auf die Arbeitslosenversicherung zu nehmen. Die Sicherung würde dadurch unerheblich leichter und in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit möglicherweise großen Gefahren ausgesetzt. Solange kein anderer Weg sichtbar sei, bleibe die gesetzliche Pflicht der Gemeinden zur Hilfe. Die Reichsregierung werde sich mit der preußischen Regierung in Verbindung setzen, um nach Maßgabe des Bedarfs den Gemeinden zu helfen.

In der Aussperrung erklärt Abg. Florin (Komm.), es handele sich hier nicht um Rechtsfragen, sondern um politische Machtfragen. Die Unternehmer wollten mit ihren Kampfmöglichkeiten die Arbeiterbewegung niederschlagen und für sich noch mehr als bisher die politische Macht gewinnen. Der Redner wendet sich dann gegen das Schlichtungsverfahren und gegen die Taktik der freien Gewerkschaften. Die Kommunisten richten an alle Arbeitnehmer die Auflösung, auf Tarife und Schiedssprüche zu verzichten und im Massenstreik die reformistische Gewerkschaftsaktivität zu durchbrechen.

Abg. Dr. Siegerwald (Bir.) begründet die Interpellation des Zentrums, die an die Reichsregierung die Frage richtet, was sie zu tun gedenke, um die durch das Vorgehen der Arbeitgeber gefährdeten Autoritäten des staatlichen Schlichtungsverfahrens und den Arbeitersiedlungen wiederherzustellen, sowie den der gewaltsamen Wirtschaft erzwungenen Schaden abzuwenden. Es ist ein unerträglicher Zustand, so führt der Redner aus, dass die Interessen darüber bestehen, ob ein Gesetzesartikel ein rechtsverbindlich erklärter Schiedsspruch als rechtskräftig oder nicht zu gelten hat. Durch die vom Ministerium angewandten Maximen löst sich dieser Zustand nicht bezeichnen. Man hätte verfügen müssen, dass bis zur Austragung des Rechtsstreites die alten Löhne weitergezahlt werden und der Rest rückwärts noch der gefallenen Entscheidung gezahlt wird. Die Unternehmer haben schon vor einem Jahr in einem Gedächtnisbrief angedeutet, dass sie bei erster Gelegenheit dem Reichsminister die Stärke bieten und an diesem zweiten einen unlangen Kampf durchsetzen wollen. In diesem Zwei haben sie einen Kampf von 30 Millionen angemommen. (Hört! Hört!) Für diesen Kampf hat sich aber das Unternehmen die unrechte Zeit und die unrechte Stelle ausgewählt, denn gerade in der nordwestdeutschen Eisenindustrie sind die Löhne besonders schlecht und die Gewinne der Industriellen besonders gut. Bei feiner Eisenware machen die Öfen mehr als 6 Prozent der Gewinnbrüche aus. Auch nach dem Schiedsspruch erreichen die Löhne in dieser Industrie kaum den Betrag der Umsatzsteuer (Rote d. Komm.: Betriebszuschlag) in doch auch dabei. Kein, dessen Werke befinden sich nicht im Aussperrungsgebiet. Nicht nur im Zahn, sondern auch in den übrigen Arbeitsbedingungen sind die Arbeitnehmer der nordwestdeutschen Großbetriebe ungünstiger gehandelt als der Durchschnitt der übrigen deutschen Arbeitnehmer. Das Vorgehen dieser Unternehmer ist weder politisch noch psychologisch zu verantworten. Als 1927, also 25 Jahre später als in England, auch in dieser Industrie der Arbeitstag durchgeführt werden sollte, da bestand die Antwort der Unternehmer in der Sammlung des 30-Millionen-Kampfes. Die Reformbedürftigkeit des leidigen Schlichtungsverfahrens wird von allen Beteiligten anerkannt; die Befreiung dieses Schlichtungsverfahrens haben aber auch die Unternehmer auf der Konferenz beim Arbeitsminister nicht zu fordern gewagt. Das wäre auch bei der heutigen Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung eine große politische Gefahr, denn der wirtschaftlichen Konflikten folgen die politischen unmittelbar auf dem Fuße. Die jetzige Aussperrung ist ein Kampf von unmittelbar politischer Bedeutung. Es geht einfach nicht, dass ein für rechtsverbindlich erklärter Schiedsspruch von einer Partei nicht anerkannt wird. Wir müssen eine Klärung haben: entweder verstärkter Klassenkampf oder verstärkte Friedensbereitschaft in beiden Lagern. Die Große Koalition auf der politischen Seite, von der jetzt sowiel geredet wird, hat nur einen Sinn, wenn auch nach der wirtschaftlichen Seite hin der Boden zur beiderseitigen Verständigungsbereitschaft resultiert betreten wird. Es hat keinen Sinn, wenn wirtschaftlich das Kaputt geschlagen wird, was wir politisch aufbauen. Das ist der Hintergrund für unsere Anträge. Wir sind nicht in allen Punkten mit dem Minister einverstanden. Wir betrachten die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruchs als einen staatlichen Hoheitsakt von ganz besonderer Bedeutung. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, dass es nötig ist, diesen Hoheitsakt mit der ganzen Autorität und Rechtskraft auszustatten, die seiner Bedeutung entspricht. Ein verbindlich erklärter Schiedsspruch muss wie ein vollstreckbares Urteil gegen jeden Widersetzer durchsetzt werden. Wenn eine Rech-

wilige Bekämpfung der Parteien nicht aufzuhören, dann muß der Spruch des Reichsarbeitsgerichts mit der vollen staatlichen Autorität durchgesetzt werden. Wenn es nicht anders geht, müssen wir die Frage in ähnlicher Weise regeln, wie beim Arbeitszeit-Notgesech. (Beispiel 1. Str.)

Um 8½ Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 2 Uhr nachmittags vertagt.

## Politische Tagesübersicht.

Ausblick der außenpolitischen Debatte? Wie der Bormärz berichtet, haben sich im Reichstag Verhandlungen gestartet, die ursprünglich vorgegebene außenpolitische Debatte, zu der eine Rede des Außenministers erwartet wurde, zunächst ausfallen zu lassen und gleich nach der Aussprache über die Aussperrung den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers vorzunehmen. Für diesen Fall wäre, wie der Bormärz annimmt, damit zu rechnen, daß die Entscheidung über das Panzerkreuzer schon am Freitag dieser Woche falle.

Rumänien mit den rumänisch-rumänischen Verhandlungen zufrieden. Die Presse begrüßt den Abschluss der deutsch-rumänischen Verhandlungen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß einer Art wirtschaftlichen Ausschwungs für Rumänien folgen werde. Das Blatt der liberalen Partei "Vittorii" stellt fest, daß die von Rumänien gemachten Ansprüche groß seien, daß aber die rumänische Regierung im Interesse beider Staaten normale Beziehungen wünsche.

Der Rumänienantrag der englischen Arbeiterpartei abgelehnt. Wie aus London gemeldet wird, wurde am Montag abend der Gründungsantrag der Arbeiterpartei zur Thronrede, der das Verfolgen der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit feststellt mit 821 gegen 155 Stimmen abgelehnt.

Kommunistische Interpellation über die Arbeitszeit. In einer kommunistischen Interpellation im Reichstag über die Frage der Arbeitszeit wird die Reichsregierung gefragt, ob sie ihren arbeiterfeindlichen Kurs, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschärfung der Arbeiterschaft und Verschleppung der gesetzlichen Regelung dieser Fragen trotz der wachsenden Empörung der arbeitenden Massen weiter forsetzen wolle, oder ob sie bereit sei, unverzüglich zu dem kommunistischen Gesetzentwurf auf sofortige Einführung der arbeitsdienlichen Arbeitszeit Stellung zu nehmen, der noch eine besondere, pünktigere Arbeitszeitregelung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer vorstellt.

Nieder-Rheinverhandlungen in Polen. Wie meist bei besonderen politischen Anlässen ist es auch gelegentlich der polnischen Staatsfeierlichkeiten in den Ostgebieten Polens wiederum zu groben Verhaftungen gekommen. Wie die Blätter melden, sind die Sicherheitsbehörden in Neu-Sandomir in Westgalizien einer neuen kommunistischen Organisation auf die Spur gekommen, die in geheimer Druckerie Aufrufe zum gewaltfahigen Unstirn in Polen am 11. November gedruckt haben sollen. Es finden zahlreiche Haftungen statt, wobei insgesamt 36 Personen verhaftet wurden, darunter einige führende Kommunisten, die schon seit längerem von der Polizei gefangen wurden. Die Verhafteten wurden dem Strafgericht in Neu-Sandomir übergeben. Am gleichen Tage ist in Przemysl wiederum eine größere Anzahl ukrainischer Politiker unter Spionageverdacht verhaftet worden. Die Namen der Verhafteten sowie nähere Angaben über die angeblichen Verbrechen werden geheim gehalten. In Wilna sind in der letzten Woche 12 russische Emigranten ebenfalls unter Spionageverdacht verhaftet worden. Eine Anzahl Dokumente wurde bei einer Haftsucht beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß die Verhafteten sowohl mit Berlin wie mit der Moskauer RSPD in Verbindung gestanden haben. Nähere Angaben über diese Kombinationen der polnischen Presse sind wie immer bei derartigen Ereignissen in den polnischen Berichten nicht enthalten.

Polnische Herausforderung auch in Deutsch-Oberschlesien. In Ost-Oberschlesien waren am Sonntag die Eisenbahnlokomotiven anlässlich der polnischen Unabhängigkeitssfeier mit Tannenzapfen und rot-weissen Bändern geschmückt. Die Polen hatten die Freiheit, die in den polnischen Nationalsternen geschmückten Lokomotiven auch für die Füge nach Deutsch-Oberschlesien anbenutzen. Am Sonntag fuhren solche Züge bei Hindenburg über die Grenze. Die Grenzpolizei erhielt sofort den Befehl, diese Züge anzuhalten und die Weiterfahrt erst nach Entfernung des polnischen Schmucks zu gestatten. Die erneute polnische Herausforderung hat in der deutschoberschlesischen Grenzbevölkerung berechtigte Erregung ausgelöst.

Die Berliner Nelle Poincaré noch fraglich. Die Abfahrt Poincarés, in Zukunft Reisen, u. a. auch nach Berlin, zu unternehmen, hat nicht nur in Frankreich, sondern auch im Ausland berechtigtes Aufsehen erregt. Man glaubt in Paris, daß Poincaré vermutlich während der Januarferien des Parlaments zuerst London aussuchen werde. Eine Reise nach Berlin scheint dagegen noch durchaus fraglich zu sein.

## Die italienische Regierung und der Ausbruch des Netno.

Il Rom. Im gestrigen Ministerrat, der unter dem Borsig-Mussolini-Kabinett berichtete, der Minister für öffentliche Arbeiten, Giuriati, über den letzten Vana-Ausbruch bei Netno und über die Schäden, die der Bauarbeiter-Anfälle und Siedlern zugefügt hat. Danach sind 70 Gebäude zerstört, einschließlich jener der kleineren Ortschaften. 5000 Personen wurden obdachlos. Insgesamt 12 000 Hektar Südzuckerplantagen sind verbraucht worden. Nachdem der Berichterstatter noch die bewundernswerte Haltung der Bevölkerung und das ausgezeichnete Funktionieren des Hilfs- und Ordnungsdienstes hervorgehoben hatte, erwiderte der Minister für öffentliche Arbeiten, alle Vorlehrungen für den Bau von provisorischen Unterkünften zu treffen, die der durch den Vana-Ausbruch obdachlos gewordenen Bevölkerung zugewiesen werden sollen. Es wurden zahlreiche Hilfs- und Vorlehrungsmöglichkeiten getroffen, um die Folgen der demstaatlichen, städtischen und ländlichen Brüder sowie dem Brivatbesitz zugesetzten Schäden, und jene Schäden, die den Brüder und Gemeindegebäuden und Siedlungen verursacht worden sind, zu beseitigen. Finanzminister Biocconi berichtete über den Stand der Staatsfinanzen am 31. Oktober. Aus dem Bericht geht eine Verbesserung des Budgets hervor, da es zu diesem Zeitpunkt einen Überschuss von 16 Millionen lire aufweist, sodass das Defizit seit einem Vierteljahr sich von 48 auf 33 Millionen lire reduziert.

## Der Netno-Ausbruch im erlöschenden?

Il Catania. Nach einem Bericht des Instituts für Vulkanologie ist bei einer Besichtigung des Eruptionsschmelzes am heutigen Nachmittag festgestellt worden, daß eine beträchtliche Senkung des Kraterneubaus eingetreten ist. Auch die Vorwärtsbewegung der Lavastrome hat sich merklich verlangsamt. Gegenwärtig scheint die Gefahr vorüber zu sein und man rechnet damit, daß die Ausbruchsschmelze binnen kurzer Zeit endgültig Ende erreicht.

# Die Vermittelungsverhandlungen in Düsseldorf.

Düsseldorf. (Funkspur.) Die Verhandlungen des Regierungspräsidenten Bergemann, der einen Schritt zur Willelung des Eisenkonflikts unternommen hat, haben heute vormittag mit den Arbeitgebern begonnen. Die Arbeitnehmer sind von dem Regierungspräsidenten für heute nachmittag geladen worden.

## Verhandlungsbereitschaft

### der Arbeitgeber der Nord-West-Gruppe.

Düsseldorf. (Funkspur.) Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe haben in der Vorberatung beim Regierungspräsidenten Bergemann-Düsseldorf heute vormittag ihre grundliche Verhandlungsbereitschaft erklärt.

## Die nordrhein-westfälische Verhandlung des Duisburger Arbeitgebergriffes.

V. Duisburg. Der Arbeitgeber hat Arbeitsgericht eröffnet, nachdem die ausführliche Vereinbarung des Urteils in der Verhandlungslinie der Arbeitgeberverbände Nordwest-Metallbau noch unvollständig waren müsse. Ein seiner Nordrhein-Westfälische Gruppe führt der Arbeitgeber, er ist auch nach der rein formellen Seite hin bestrebt, über die Ausführungen der Arbeitgeberverbände seine Meinungen. Die Metallarbeiterverbände manövrierten eine Mängelklage ein. Das Gericht hat jedoch die Mängel der manövrierten Mängelklage nicht berücksichtigt. Da war der Arbeitgeber, wenn sie auch organisiert, eine armes Werkzeug, um die Arbeitgeberverbände einzufangen. Daher wird die Arbeitgeberverbände nicht berücksichtigt. Das Gericht hat daher zu einem Urteil kommen können, nachdem die Parteien sich mit der Verhandlung einverstanden erklärten. Material ist das Gericht der Ansicht, daß die Arbeitgeberverbände bereit sind. Da war auch der Ansicht, daß es ein Schlichtungsverfahren sein kann, was wohl es in einem laufenden Tarifvertrag eintrete. Da steht ferner fest, daß auch in Formeller Hinsicht ein Mangel des Schiedsgerichts vorliegt.

## Die Lage nach dem Urteilspruch.

W. Düsseldorf. Am Freitag der Metallarbeiterverbände besteht nach dem Duisburger Spruch die Aufsicht, im weiteren Verlauf der Dinge im Arbeitskampf in der Eisenindustrie nichts zu überstreichen. Die Vertreter der drei Verbände haben am Nachmittag in einem lebhaften Gespräch die Vorwürfe bekräftigt, jedoch sind zunächst weitere Schritte nicht beschlossen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß die Position des Duisburger Spruchs eingehalten wird. Die Verbände äußern sich einstimmig nicht zu dem erlangten Urteil, sondern sie warten die ausführliche Schriftliche Bekanntmachung ab, die erst in einigen Tagen zur Verfügung steht. Beider ist aus der bekanntgegebenen Kurzurteilsgrundlage über die hauptsächlichsten Streitpunkte eine völkerliche Neutralität zu gewinnen. Aus der künftigen Stellungnahme der beteiligten Metallarbeiterverbände zu dieser Begründung wird sich auch ergeben, inwieweit die Verbände im Zusammenhang mit einer Revision des Duisburger Spruchs ihre Klage auf Schadensersatz verfolgen werden. In den am Dienstag stattfindenden Gesprächen mit Regierungspräsident Bergemann in Düsseldorf werden, wie bisher bekannt ist, die Vertreter der Arbeit-Nordwest anwesend sein. Ob die Vertreter der Metallarbeiterverbände

bereits daran teilnehmen, ist bis zur Stunde von diesen Seiten noch nicht festgestellt. Es muss abgewartet werden, wie weit sich der Spruch des Duisburger Arbeitsgerichts auf die Verhandlungsbereitschaft der Metallarbeiterverbände auswirkt.

## Die Gewerkschaften

### wollen bis zum Reichsarbeitsgericht.

W. Düsseldorf. (Funkspur.) Die drei Metallarbeiterverbände haben am Montag einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen, in dem es heißt: Die drei Metallarbeiterverbände betrachten das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg als ein Schlußteil und werden den Schiedsgericht bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. Das Urteil ändert an der gegenwärtigen Lage nichts. Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen geben und erwarten, daß nur diesen Folge geleistet wird.

Aus dem Aufruf geht hervor, daß die Metallarbeiterverbände nunmehr gemeinschaftlich ihre Forderungen bis auf letzten Instanz durchsetzen werden. Das ist verständlich, denn nach der gewonnenen Klage haben nunmehr die Arbeitgeber die Möglichkeit, ihre Bedingungen wieder zu öffnen. Die Organisierten stellen zudem einen sehr beträchtlichen Teil der Ausgeperchten dar.

## Aufruf der drei Metallarbeiterverbände.

W. Duisburg. Die drei Metallarbeiterverbände haben an ihre Mitglieder einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt:

Das Arbeitsgericht Duisburg hat dem Urteil des Arbeitgeberverbands, das der Schiedsgericht vom 28. Okt. verdeckt ist, stattgegeben. Die drei Metallarbeiterverbände betrachten dieses Urteil als ein Schlußteil und werden den Schiedsgericht bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. Das Urteil ändert an der gegenwärtigen Lage nichts. Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen geben und erwarten, daß nur diesen Folge gegeben wird.

## Demonstration der Ausgeperchten.

W. Gelsenkirchen. Nach Bekanntwerden des Urteils der Feststellungslinie, das durch Extrablätter verbreitet wurde, sammelten sich mehrere tausend Ausgeperchte in Gelsenkirchen und der näheren Umgebung auf dem alten Markt und der Wiese mit der Ahdte, vor der Stadtverordnetenversammlung zu demonstrieren, um den Fortsetzung der Ausgeperchten auf Gewährung kommunaler Unterstützung Nachdruck zu verleihen. Die Polizei, die in allgemeiner Bereitschaft ist, hält den Verkehr notdürftig aufrecht.

## Die Hamborner Stadtverwaltung bittet um Mittel für die Ausgeperchten.

Hamburg. (Funkspur.) Die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung haben beschlossen, sich telefonisch an die preußische Staatsregierung und die Reichsregierung zu wenden und um sofortige Überweisung ausreichender Mittel zur Unterstützung der durch die Ausgeperchten in Not geratenen Familien zu bitten, da das städtische Wohlfahrtsamt hierzu nicht in der Lage sei.

# Wir

stehen Ihnen gern zu Diensten und sind bereit, Ihnen Ratsschläge für eine zeitgemäße Reklame zu geben.

# Sie

entscheiden sich und kommen zu dem Entschluß, daß Ihre Reklame nur Erfolg haben wird

## Riesaer Tageblatt

der führenden Zeitung des ganzen Bezirks.

## Außenpolitische Debatte und Panzerkreuzer.

W. Berlin. (Funkspur.) Die ursprünglich für Donnerstag in Aussicht genommene große außenpolitische Aussprache im Reichstag ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, wieder fraglich gemacht. Über die Zweckmäßigkeit einer solchen Debatte im gegenwärtigen Auftakt zwischen den großen Parteien des Reichstages nämlich Meinungsverschiedenheiten, infolgedessen wird sich das Reichskabinett in seiner heutigen Nachmittagssitzung mit der Frage beschäftigen, ob diese vom Reichskanzlerminister Dr. Stresemann gewünschte parlamentarische Aussprache jetzt stattfinden soll. Gleichzeitig wird sich das Kabinett darüber schließen, ob die Frage des Panzerkreuzers parlamentarisch behandelt werden soll. Von dieser Befreiung innerhalb der Regierung wird es also abhängen, ob im Reichstag zunächst die außenpolitische Aussprache oder die über die Einstellung des Panzerkreuzerbaus stattfindet, oder ob die außenpolitische Debatte überhaupt unterbleibt. Erst wenn die Entscheidung des Kabinetts vorliegt, kann der Reichstagrat des Reichstages endgültig darüber formal Beschluss fassen, wie der Beratungsausschuss auf die dem Parlament zur Verfügung stehende Zeit verteilt werden soll. Man erwartet in parlamentarischen Kreisen, daß der Reichstagrat für Mittwoch oder Donnerstag einberufen wird.

## Gedenken zum 9. November.

Die Folge 21 vom 10. November 1928 des **Stadt-Willkürvereinsblattes** enthält einen Aufruf, der allgemeines Interesse beansprucht:

## Gedenken zum 9. November.

Samergaben der Bundesvereine! Einem unerhörten Leidensweg haben das deutsche Volk und Vaterland in diesen 10 Jahren durchmachen müssen. Nachdem die rubinreichen Truppen aller deutschen Stämme 4% Jahre lang gegen mehr als die halbe Welt erfolgreich unter Waffen gestanden hatten, kam der Tag, wo die deutsche Volkstruppe und der deutsche Willkür niedergeschlagen durch die unerhörten Dauer, jahrelangen Hunger und eine gleichzeitige feindliche

Hep- und Hügelfestzelle, den Kampfmaschinen, dem Gift und Grau der gegnerischen Völker mit ihren unerschöpflichen Hilfsquellen erlagen. In diesem Augenblick, in dem es gilt, alle letzte Kraft zusammenzufassen, um zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, brach die Revolution aus, die die innere Kraft des Volkes im deutschen Volke mit einem Mal zerbrach. Von Kaiser Höhe wurde, nicht zuletzt durch den Untergang und seine Helden, Deutschland herabgestürzt in Not und grenzenloses Elend. 10 Jahre unerhörten Leidens haben unser Volkstrafe und unser nationaler Willen aber nicht zu brechen vermögen, und langsam erhebt sich das Vaterland wieder zu achtungswürdigen Taten. Wir aber wollen in unserem Sächsischen Militär-Verein-Bund uns bei der Wiederherstellung der Feindseligungslinie, das durch Extrablätter verbreitet wurde, sammeln und der Nähe mit der Ahdte, vor der Stadtverordnetenversammlung zu demonstrieren, um den Fortsetzung der Ausgeperchten auf Gewährung kommunaler Unterstützung Nachdruck zu verleihen. Die Polizei, die in allgemeiner Bereitschaft ist, hält den Verkehr notdürftig aufrecht.

Allzeit treubereit für das Reiches Herrlichkeit!

## Engländer besetzen deutsche Kirchen.

W. Berlin. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat folgende Unterstellung eingebrochen: Die evangelische Kirche in Wiesbaden wird seit geraumer Zeit von der englischen Bevölkerung für sonntäglich vier englische Gottesdienste im Unprud genommen. Der deutschen Kirchengemeinde steht lediglich die Zeit von 9%, bis 10%, Uhr und von 5 bis 6 Uhr zur Verfügung. Die Abhaltung von Abendmahlsseligen ist fast unmöglich gemacht. Die Konfirmationen müssen in früher Wochentags abgehalten werden. Nachdem es in Biebrich und Königstein nunmehr für Sonntag, den 11. November, die evangelische Kirche in Wiesbaden, die evangelische Kirche in der Oberstadtstraße in Biebrich und die evangelische Kirche zu Königstein durch ein von dem Generalstab (Bischof) beim Hauptquartier der britischen Armee an den Regierungsbüro in Wiesbaden gerichteten Schreiben in körperlicher Überwachung der deutschen Kirchen und der deutschen Gottesdienst Kunden zur Verantwortung genommen worden. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die deutschen Kirchen gegenüber den artigen Eingriffen der Bevölkerung zu schützen?

## Strafantrag gegen den Lehrer Dennhardt.

W. Düsseldorf. Nach einer Meldung der Deutschen Tageszeitung aus Düsseldorf, hat der preußische Ministerpräsident bei der Oberstaatsanwaltschaft eine gegen den wegen republikanischer Außerungen vom Amt suspendierten Lehrer Dennhardt Strafantrag wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Schröder in Düsseldorf und den Hohenstaufen-Gymnasiums gestellt.

## Urteil im Prozeß Bergmann.

Berlin. (Funkspur.) Im dem Sonderhörsaal vor einer Karten Sonderabteilung des großen Schöffengerichts Berlin-Witten wurde heute vormittag das Urteil gesprochen.

Das Gericht hieß den Angeklagten Golla Bergmann des fortgesetzten belästigenden und verachtenden Vertrages, sowie des Konkurrenzvertrags für identische und analoge gegen ihn auf 3 Jahre Gefängnis, 5 Monate Sicherung und 30 000 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte weiter den Staatsanwaltsschreiber Dr. Walter Jacobs I wegen Beihilfe zum Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis und zur Verhinderung der Höchststrafe. Identische Güter zu beschaffen, auf die Dauer von 5 Jahren. Der Angeklagte muss erhielt 3 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Bruno Wulff 1 Jahr Gefängnis, Charlotte Wulff 1 Monat Gefängnis, Gustav Günther 6 Monate Gefängnis, Helga Günther 4 Monate Gefängnis, Willi Marcksmeier 9 Monate Gefängnis. Einmündige Angeklagten wurde die Unterredung in voller Höhe angerechnet. Die beiden Angeklagten Lederer und Schmidt wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

### Die Urteilsbegründung.

Berlin. (Funkspur.) In der Begründung zu dem Urteil im Bergmann-Prozeß heißt es: Das Gericht hat im Gesamtkontext der Anklage bei Bergmann nicht von Konkurrenzvertragen, sondern nur Konkurrenzverträge angenommen. Bei den anderen Angeklagten hat das Gericht lediglich Beihilfe angenommen, weil es zweitens erriet, daß diese Angeklagten die Taten des Bergmann als eigenten gewollt haben. Da es im Geschäft saß war, mußten alle Angeklagten. Bei dem Angeklagten Dr. Jacobs hat das Gericht seinerseits Zweifel gehabt, daß er mit der Möglichkeit eines Betruges seitens Bergmann und der Schädigung der Gläubiger rechnen müsse. Das Gericht hat für erwiesen gehalten, daß Dr. Jacobs von den Vorwürfen Bergmanns und dessen Vorleben Kenntnis hatte. Trotz dieser Kenntnis der Vorwürfe hatte Dr. Jacobs seine Auskünfte ruhig weiter erstellt.

Obwohl Dr. Jacobs also mit der Möglichkeit eines Betruges und Kontakts rechnete, hat er dem Unternehmen Vorwürfe geleitet, um durch seine Auskünfte Vorwürfe zu erhalten. In den Auskünften liegt eine Vorwiegung falscher Tatsachen. Bei Dr. Jacobs ist jedoch eine Gemeinschaftschaft mit Bergmann am Vorwurf nicht erwiesen. Bei Bergmann ist strafrechtlich berücksichtigt worden, daß er die Beträgerzettel beginnt, als das Strafverfahren wegen der alten Beträgerzettel noch schwere und das den Schaden sehr hoch ist. Strafmaßnahmen sind berücksichtigt worden, daß die Darlehengeber diesen Schaden bemerkten. Leichtsinn und ihrer Gedächtnis ausgeschlossen haben. Bei dem Angeklagten Staatsanwaltsschreiber Dr. Walter Jacobs hätten infolge seines Vertrags, seiner Erziehung und seiner Stellung besonders große Hemmungen bestehen müssen, anbereits sprach zu seinen Gunsten die durch Krankheit in der Familie entstandene Not und der Umstand, daß er die erhaltenen Gelde nicht leichtsinnig verbraucht hat. Besonders ist bei den Straftumfällen berücksichtigt worden, daß bei Dr. Jacobs nur der Dolus eventialis vorlag. Er rechnete mit der Möglichkeit, der Schädigung der Kunden, konnte aber andererseits auch wissen, daß die Sache gut ausgehen werde.

### Studentenkundgebungen in Loibach.

Belgrad. (Funkspur.) In Loibach ist es gestern abend anlässlich des Jahrestages des Abschlusses des Kapitulationsvertrages zwischen Jugoslawien und Italien zu großen Studentenkundgebungen gekommen, so daß Polizei mit der Waffe eingesetzt wurde. Um Nachmittag fand in der Universität eine akademische Protestversammlung statt, worauf die Studentenschaft mit dem in Trauerstola gekleideten Fahnen von Görz, Triest und Fiume durch die Stadt zog. Die Polizei stellte sich den Studenten entgegen und wollte ihnen die Fahnen wegnehmen. Schließlich gelang es ihr auch, die Fahne von Fiume wegzunehmen, was von den Studenten mit Kundgebungen gegen die Polizei beantwortet wurde. Diese machte darauf vom Gummiträppel Gebrauch. Am Abend nach 8 Uhr kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Studenten, wobei die Polizei auf die Studenten mehrere Schüsse abgab. Ein Student wurde verletzt. Die Polizei hat mehrere Studenten verhaftet.

### Gemeindewahlen in Mecklenburg.

Am Sonntag haben in Mecklenburg-Schwerin mit Ausnahme der amtsfreien Städte die Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungskörpern stattgefunden. Auch den bisher vorliegenden vorläufigen Wahlergebnissen ist keine wesentliche Verschiebung in der Mandatsteilung eingetreten. Die Sozialdemokraten haben ihren starken Wahlausgang behauptet, teilweise auch etwas erweitert. Auch die bürgerlichen Gruppen behaupteten ihren Wahlausgang. Dagegen werden die Kommunisten kaum die Hälfte ihrer Mandate behalten.

### Wie leben unsere Hausgehilfinnen?

vbd. Das Reichsarbeitsministerium hat in Verbindung mit den Organisationen der Hausfrauen und Hausgehilfinnen eine Erhebung über die Arbeitsbedingungen der Hausgehilfinnen in Deutschland angekündigt, die allerdings intern unvollkommen ist, als nur die Angehörigen der Organisationen sich beteiligt haben. Auch waren eine große Zahl Unterrichten unvollständig, wohl, weil dem praktisch-naturlichen Umfangen der Hausgehilfinnen ein langes und erfolgloses Nachgräuben über umfangreiche Fragebogen zu jenem liegt.

Immerhin waren noch rund 4000 Unterrichten verwertbar. Aus ihnen ergab sich, daß 7% Prozent der Hausgehilfinnen ohne jede Orientierung arbeiten. Weitauß die Mehrzahl, nämlich über 55 Prozent, erhalten einen Monatslohn von 25 bis 40 Mark und nur rund 1 Prozent einen solchen von über 80 Mark. Nur die Frage nach der Arbeitszeit ist oft mit „unbestimmt“ geantwortet worden. Im übrigen aber liegt für 51,1 Prozent der Dienstmädchen der Arbeitsbeginn schon vor 5 Uhr morgens, während die Mehrzahl, 68,3 Prozent, zwischen 6 und 8 Uhr und nur 0,6 Prozent nach 8 Uhr an ihr Tagesarbeitsbeginn. Haberarbeitszeit ist, daß mehr als die Hälfte der Hausgehilfinnen ihre Arbeit regelmäßig, bereits vor 5 Uhr anfangt abzulehnen können, wenn auch noch immer 1,6 Prozent erst nach 10 Uhr zu Bett kommen. Was die Freizeit anlangt, so hatten nur 1% der Dienstmädchen jeden Sonntag „Ausgang“. Die aus Werktagen und Sonntagen in längeren Zeiten kombinierten Freizeiten überwiegen durchaus. Lieber ein Viertel aller befragten Dienstmädchen wünscht ferne mitteilen, daß sie gar keinen Urlaub bekommen; nur ein weiteres Viertel erhält mehr als 14 Tage Ferien im Jahre.

Sehr aufschlußreich sind weiter die Antworten auf die Frage nach der Ausbildung der Hausgehilfinnen. Da-



Ein Vermittlungsvorfall im wettbewerblichen Rahmenkampf wurde von dem Düsseldorfischen Regierungspräsidenten Bergmann (im Bild) unternommen, der die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu getrennten Verhandlungen am 18. November eingeladen hat.

5% Prozent der Fälle war die Frage, ob ein „besonderer Raum“ vorhanden sei, beantwortet worden, wobei jedoch nicht gezeigt wurde, ob die Mädchen diesen Raum allein aus Verhinderung haben. Rund die Hälfte der „besonderen Räume“ war unzureichbar und 1,1 Prozent ohne Ventilator. Etwa 4 Prozent der Hausgehilfinnen haben nur eine „Schlafliegendecke“ und 1,2 Prozent sind mit im Kinderzimmer untergebracht. Schließlich ergab die Umfrage noch, daß durch gewordene oder andere öffentliche Stellenvermittlung etwa ein Viertel der Hausgehilfinnen ihre Wohnung gefunden haben während die übrigen 75 Prozent „auf leidliche Weise“, also wohl hauptsächlich durch das Zeitungsinterat, zu ihrer Arbeitsschule fanden.

### Zur Konkurrenzfrage.

Setzt hinter den Kulissen der politischen Bühne spielerisch sich jetzt in der Reichshauptstadt geheimnisvolle Vorgänge ab, die das ganze evangelische Deutschland tief beeindrucken. Die preußische Regierung hat einen Konkurrenzvertrag mit dem Baltikum vorbereitet, um das Rechtsverhältnis der katholischen Kirche neu zu ordnen, wobei nach Breitteilungen die unumstrittenen schließen sind, auch die katholische Schule sichergestellt werden soll. Zu demselben Zeitpunkt, in dem diese Verhandlungen mit dem Baltikum dem Abschluß entgegenlaufen, sind früher eingeleitete Verhandlungen mit der evangelischen Kirche über deren verfassungsmäßige Rechtsansprüche abgebrochen worden.

Jedes Baltier eines deutschen Staates mit Rom ist durch die Erfahrung der Geschichte für den deutschen Protestantismus auf das schwierige mit Rücksicht auf konkurrierende. Aber wenn nun schon der preußische Staat bei den unbefriedigten Schwierigkeiten, die bis weitesten politischen Grenzen einer Neuordnung des katholischen Kirchenwesens betreffen, einen Vertrag mit dem römischen Kurie für unvermeidlich halten mag, ist er dann nicht erst recht verpflichtet, gerade jetzt der evangelischen Volksmeide sichere Gewisse zu bieten, daß hierbei die Interessen der evangelischen Kirche nicht beeinträchtigt werden? Bei der gegenwärtigen kritischen Lage erhebt der Kirchensenat der evangelischen Kirche der altrechtlichen Union in schwerer Belohnung um eine Beobachtung des konfessionellen Friedens, durch rücksichtlose Verleugnung der Partei seine warnende Stimme.

Der Einfließende Job freilich läuft, was kommt nebst. Wenn der deutsche Kulturstaat sich hauptsächlich erweist, durch die Geschäftsgabe des Reiches und der Kinder dem christlichen Kulturringen führen kann und freien Raum zu schaffen — und das Schaffen des Reichskirchenrats gab diese Überzeugung eben erst wieder nachdrücklich bestätigt —, dann durfte man erwarten, daß Rom auf anderem Wege sein Ziel erreichen wird.

Wenn jetzt aber die ehrlichen Streiter für Gottesfreiheit offenbarlich schon zu einem Rückstand mit Rom bereit sind, von dem nicht einmal die deutsche Schule unberührt bleibt, sollte dann für diese Haltung nicht ein System wahrgenommen sein, das nicht nur für Preußen sondern für das ganze evangelische Deutschland verhältnismäßig werden muß? Dann aber um welchen für die Gebiete des evangelischen Deutschland, in denen — wie in Sachsen — die evangelische Kirche im klassischen Reichsland steht!

In der Tat, wenn man jetzt auf dem Reichstagssaal mit den katholischen Fortsetzungen, wenn auch widerwillig, sich austobt, so heißt dies zugleich, endgültig über die evangelischen Kirchen zur Tagesordnung übergeben. Denn wer soll evangelische Kirche und evangelische Schule noch schulzen und retten wollen, wenn Rom in Preußen wie in Bayern die katholische Kirche und Schule in Sicherheit gebracht hat? Daher kommt es hier nicht jetzt um eine Frage, an der nur Preußen Interesse hätte, vielmehr um ein Anliegen deutscher Kultur, das für das ganze evangelische Deutschland von höchster Bedeutung ist.

D. Schimann.

### Im Reichstagssaal für die Signifikations- und Verdrängungsschäden

erklärte Ministerialdirektor Dom (Reichsfinanzministerium), daß bisher rund 150 000 Anträge auf Gemüthe zu Untersuchung aus dem Reichsausschuß gestellt worden seien. Die Entscheidung darüber erfolgt nach bestimmten Grundlagen.

Eine weitergehende Berücksichtigung von verdeckten Kündigungsfällen führt zu einer Kürzung der Beiträge aus dem Haushalt, da der Stand der Reichsfinanzen eine Erhöhung der schon zur Verfügung gestellten Mittel nicht ermöglicht.

Der Ausschuss nahm diese Erklärung zur Kenntnis und vertagte sie, ohne Beschlüsse zu fassen.

### Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

Deutschland, einen bedeutenden Antrag einzulegen, der sich mit der Frage der Reform des Schlichtungsverfahrens beschäftigen und bestimmte Anträge ausarbeiten soll, die die Wiederherstellung des Verantwortlichkeitsprinzips der beiden Parteien beabsichtigt, daß Schwergewicht in die Einigung legen und die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Momente bei den Schlichtungsverhandlungen zum Ziel haben. Zum Vorhaben des Ausschusses wurde der KdA. Professor Dr. Moldenhauer ernannt.

## Letzte Sunnspur-Meldungen und Telegramme

vom 18. November 1928.

### Entführung eines Oberbeamten.

Berlin. (Funkspur.) In der vergangenen Nacht hat sich wieder eine erschütternde Schülertragedie in Berlin abgespielt. Der Sohn des Diplombahndirektors Plagend, der 17½ Jahre alte Oberprivaner Ulrich Plagend, aus der Hohenstaufenstraße Nr. 31, der Eltern in das Abiturientenexamen geben sollte, wurde heute früh in der elterlichen Wohnung erhangt aufgefunden. Das Motiv der Tat ist bislang vor dem Richtertheater des Abituriums.

### Schenkens Hauptmann Ebe für nichts erklärt.

Berlin. (Funkspur.) Vor dem Landgericht Berlin I wurde heute die Ehe des Dr. Schenken Hauptmann mit der frischgebackenen Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe für nichts erklärt. Der Grund ist die dem Ehemann vor der Ehe nicht bekanntgewesene anormale Veranlagung der Ehefrau.

### Deutsch-österreichische Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin. (Funkspur.) Am Sonnabend wird die deutsche Delegation zu den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen von Berlin abreisen. Die Führung hat Delegationsrat v. Schad.

### Leichenzug bei Brünninghausen.

Von ausländigen (Funkspur.) Vor 55 Jahren als Walberbeiter Rudolf Weile, der seit Jahren eine Hütte auf der Hodenweite bei Brünninghausen bewohnt, wurde gestern von zwei Jägern in seiner Hütte tot aufgefunden. Die Umstände lassen auf Mord schließen. Weile wurde in einer Blutlache liegend am Boden aufgefunden, während in der Hütte alles in Ordnung war.

### Ein Komödiant an der amerikanischen Börse gefangen.

X Norfolk (Virginia). Ein Funkspur der Rettungstation am Kap Halle beim Kap Hatteras meldet, ein unbekannter Dampfer sei in der Nähe gekentert. Der Rettungsschiff „Włodzic“, der zur Rettung der Schiffbrüchigen der Untergang erlebt worden war, erhielt Befehl, zurückzufahren, und dem gekenterten Dampfer Hilfe zu bringen.

### Der Ausbruch des Metalls.

Catania. (Funkspur.) Die Tätigkeit des Stroms gibt weiter nach. Der nach Puntacita liegende Wasserkstrom bewegt sich nicht mehr; der andere Strom röhrt mit einer Geschwindigkeit von 7 Metern in der Stunde nach Garibaldi vor und droht die Straße, über die der Hafenbahndienst der Eisenbahn Catania-Messina übergeleitet wird.

### Rubinettsitzung über Panzerkreuzer.

Berlin. (Funkspur.) Das Reichskabinett ist heute mittag laut „Vossischer Zeitung“ zusammengetreten, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der sozialdemokratische Antrag auf Einschaltung des Panzerkreuzers schon in dieser Woche unmittelbar nach der Aussprache über den Eisenbahndienst im Reichstag beraten werden soll oder erst nach der Debatte über Außenpolitik beginnt. Über die Genfer Vereinbarung.

Das Blatt berichtet dann weiter: Der Reichswehrminister führt eine sehr kräftige Aktion zu Gunsten des Panzerkreuzers. Er hat in den letzten Tagen sich mit den Führern mehrerer Parteien des Reichstages in Verbindung gebracht und ihnen erklärt, daß er nicht aus Gründen des Prestiges, sondern auch aus sachlichen Gründen unabdingt an dem Bau des Panzerkreuzers schalte. Er würde, wenn der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag annehmen und damit die Einschaltung des Bootes befürchten werde, daraus die Konsequenzen ziehen und sein Rücksichtsgefühl einreichen.

Diese Demission würde keineswegs formaler Natur sein, sondern würde bedeuten, daß er auch eine Wiederaufnahme als Reichswehrminister ablehnen würde, wenn er nicht vorher die Garantie für die Durchführung des Bootes des Panzerkreuzers haben würde.

### Die Märchenstunde.

Wenn des Abends bleiche Dämmerrotaten langsam durch die Gassen schleichen, der Wind im fahlen Laub des Zweigtaus und Regentropfen an die Fensterscheiben klatschen, verschwindet die Welt der Wirklichkeit.

Märchenstunde! Märchenstunde! Märchenstunde! Gehörnißvolk knüpft sich der Feuer im Oden und der Teufel auf dem Herd summt dazu. Es ist die Stunde gekommen, in der die Kinder die Erwachsenen ungebührig mit vielen Fragen bestürmen. Ihr frischer, lebhafter Geist ist hungrig nach allerlei Wissen, und dieser Hunger will gestillt sein. „Großmutter, erzähl mir ein Märchen“... Und wenn diese Gestalten nachkommen, hängen die Kleinen am Knie des Erzählers und hören mäuschenstill.

Das Märchenabend hat sich seit altertümlich als ein sonderbares Mittel erwiesen. Kinderfeelen zu bauen. Märchen aber wollen erzählt, nicht etwa vorgelesen sein; denn die seltene Sprache des Erzählers ist padend und überzeugend zugleich. Damit tanzt die Phantasie mit Swerzen und Ellen, gleicht sich in den grünen Wald verlegt, hört die Bögen singen und sieht Hosen, Rehe und Hirsche am Quell fließen. Darin liegt auch der große Wert der Märchen: Sie sind unverfälscht, lassen den Kindern die größte Freiheit, die Freiheit der eigenen, schöpferischen Erfindungskraft. Es ist unsere Pflicht, auf die Seelenstärkigkeit des Kindes einzugehen; und das geschieht durch Beispiele, Geschichten, Erzählungen und Märchen.

Doch auch hier ist kluge Auswahl notwendig. Gerade die kleinen Kinderjahre beeinflussen das spätere Leben, und darum ergibt sich von selbst, daß Eltern und Erzieher bei der Märchenauswahl für die kleine Welt außerordentlich sorgfältig gehen müssen.

Vred.

### Sport, Spiel, Banden.

Der deutsche Damenhandballmeister geschlagen.

Der deutsche Damenhandballmeister, SC Charlottenburg, trug am Sonntag ein Freundschaftsspiel in Dresden aus, und muhte mit 2:3 eine unerwartete Niederlage zum Dresden Sport-Club in Kauf nehmen. Zur Seite führten die Dresdeninnen bereits mit 2:0. Es gelang den SG-Terminen wohl noch der Faust zwei Tore aufzuholen, ohne bei klarer Überlegenheit den Gegenstand für Dresden verhindern zu können.

### Wettkämpfe der meteor. Station 431.

(Oberrealschule Riesa.)

4. 11. 1928:	9.8 mm Rieselflöse.
5. 11. 1928:	16.4
6.-8. 11. 1928:	fein
9. 11. 1928:	1.0 mm
10. 11. 1928:	15.1
11. 11. 1928:	fein
12. 11. 1928:	0.1





vor einer städtischen Sitz Vertretern der sächsischen Bundesgruppe eröffnet. Er führte aus, daß die Berufstätigkeit des reisenden Kaufmanns trotz aller Wirtschaftskrisen bestanden habe. Diese Erhaltung und Förderung des Standes ist nicht zum wenigsten der Arbeit des Bundes reisender Kaufleute im D.H.V. zu danken.

Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden der Bundesgruppe Chemnitz nahm der Bundesvorsitzende Hermann Wilkison, Hamburg, das Wort zu einem Vortrag über „Ausbau und Aufbau des Bundes“. Er gab ein Bild über die sehr gute Entwicklung des Bundes, der in kurzer Zeit von 4400 auf 17000 Mitglieder gestiegen ist. Das zeige, wie der Wert der Organisation immer mehr von den reisenden Kaufleuten erkannt wird. Die in Angriff genommenen Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft und Sozialpolitik, sowie des Verkehrs und der Selbsthilfe, Einrichtungen zeigen Erfolge, die dem einzelnen reisenden Kaufmann zugute kommen. Vor allem wünschte er sich gegen das Provisionstreitende Unwesen, das einer Reform bedürfe. Mit starkem Beifall dankte man dem Redner.

Leider die Berufsbildungsstiftung für den reisenden Kaufmann sprach Gausbildungsobmann Winkler, Leipzig. Daraus ging hervor, daß die wirtschaftlichen Umwandlungen ein tieferes Berufswissen der Reisenden erfordern. Hierfür habe der Bund besondere Einrichtungen geschaffen, die für die Reisedschulung unabdinglich sind.

Der Geschäftsführer Fritz Gonischow, Leipzig, stellte die Entwicklung des Bundes in Sachsen. Danach ist der Bund an 224 Orten vertreten. Der Ausbau der Bundesgruppen in Sachsen schreite günstig fort. Im einzelnen zeigte er dann die Aufgaben der Bundesgruppen, die sich sowohl auf ein gutes Gemeinschaftsleben als auch auf das örtliche Verkehrswesen erstrecken.

Den Vorträgen folgte eine lebhafte Aussprache, die von besonderem Gemeinschaftsgespräch getragen war.

Dann folgte eine für die reisenden Kaufleute wichtige Darstellung des „Sicherungswesens der Reichsbahn“ mit Lichtbildern und interanter Vortrag des Reichsbahnberaters Dr. Bloch. Ausgehend von der Geschichte der Unfälle wurde Ausklärung gegeben über die vielen Sicherungen, die die Reichsbahn für ihre Fahrgäste geschaffen hat. Die feststellenden Darstellungen wurden mit Dankbarkeit und starker Beifall aufgenommen. Nach Beratung über fachliche Verkehrsfragen, die sich auf die Fahrkartenausgabe auf dem Leipziger Hauptbahnhof, Reform des Vorortverkehrs, Verwendung der Kraftfahrsteuer und Selbstfahrer-Union beziehen und eines Schlusswörter, in dem die reisenden Kaufleute zur Mitarbeit aufgefordert wurden, stand die schöne Tagung ihr Ende.

### Zugung der sächsischen technischen Angestellten.

In Dresden veranstaltete am Sonntag, den 4. November 1928, die Reichsvereinigung Deutscher Techniker im Gesamtkreis der Angestellten, Bau „Freistaat Sachsen“, ihre 3. Arbeitstagung. Bereits am Sonnabend lagte der Vorsitz der Gaugruppe, der sich mit den für die Behandlung zur Tagung vorgesehenen wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen der technischen Angestellten eingehend beschäftigte.

Zur Tagung, die einen würdigen und fruchtbaren Verlauf nahm, konnte eine große Zahl Delegierter aus allen Teilen Sachsen, Vertreter der verschiedenen Bundesgruppierungen sowie Gäste begrüßt werden. Der Geschäftsbereich des Gaugruppenleiters, Ing. Olschak, Leipzig, ließ erkennen, daß im Berichtsjahr eine wesenliche Verbesserung und Stärkung der sächsischen Technikerbewegung innerhalb der G.D.A.-Einheitsorganisation verzeichnet werden konnte. Diese Tatsache fand u. a. ihren Ausdruck in einer Anzahl neuer Gruppengründungen. Die Erkenntnis der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer einheitlichen Zusammenfassung bei den angestellten Technikern, Ingenieuren, Chemikern, Werkmeistern hat ihren Niederschlag in einer beachtlichen Steigerung des Mitgliederzuganges gefunden. Reale und erfahrene Arbeit wurde auf tarif. sozialem und wirtschaftlichem Gebiet geleistet. Die sozialen Wahlen (Angestelltenversicherung usw.) brachten der Technikforschung den gewünschten Erfolg.

Eine der vornehmsten Aufgaben, Mitarbeit und Einfluss des Technikers in der Wirtschaft und im öffentlichen

„Ich komme nicht als Patientin,“ sagte Anneiese rotwendend, „sondern in einer Privatangelegenheit — ich bin Valentin und habe jetzt wenig Zeit, weil ich wieder abreisen muß.“

„Ah, Fräulein kommt nicht als Patient; ja, wenn Sie ziemlich eine Stunde warten wollen, dann ist der Herr Geheimrat da.“

„Gewiß, sehr gern.“

„Gut, bitte gehen Sie nur hier ins Vorzimmer, ich sage Ihnen dann Bescheid.“

Mit diesen Worten geleitete sie Anneiese in ein Gespräch, das nicht sehr einladend ausfah; das hohe, große Fenster wurde durch rote, arg verstaubte Vorhänge verdunkelt, die Farben der abgetrennten Tapete waren kaum noch erkennbar, und ein in der Mitte stehender Tisch, sowie zahlreiche, an den Wänden aufgestellte Stühle, bildeten fast das ganze Mobiliar des ungewöhnlichen Raumes, der überall die Sorgfalt der ordnungsliebenden Haushalt vermittelte.

Anneiese nahm Platz und sah sich um; auf dem Tische lag ein hochgelegter Liebesbrief, ebenjolcher Hut, rote Glacehandtücher und ein knüppelartiger Gigelhut; jollte hier noch jemand auf den Geheimrat warten? Jetzt hörte sie auch aus nächster Nähe laut sprechende Stimmen. Es mußten drei, vier junge Herren sein, die sich im Nebenzimmer unterhielten. Recht fröhliche Worte gingen her. Die jungen Herren läuteten sich gegenseitig an mit ihren Beziehungen zu Kabarettfünsterinnen und Theaterschönheiten. Besonders der eine — er wurde Westermann genannt und war nach der Behauptung der anderen ein wenig beschwipst — wurde immer wieder angezogen.

Anneiese war blaß geworden und hörte dem fröhlichen Treiben mit zusammengepreßten Lippen zu; konnte sie doch diesen Ton aus der bösen Zeit ihres Lebens, als sie auf einer Hamburger Vorstadttheater ihr Talent verloren, unter den drückendsten Entbehrungen, doch mit der Hoffnungsträchtigen Bubericht, eine große Künstlerin zu werden. Bei den Kolleginnen und hinter den Kulissen hatte sie diese Sorte vornehmen Richter kennengelernt, die nur den einen Zweck verfolgten, sich zu amüsieren, gleichviel, ob auch der Hut eines bis dahin anständigen Wäschens zugrunde ging. Was lag daran! Oh, sie hörte diese dreisten Gesellen, die ihre Hände ungemein nach allem ausstreckten zu dürfen glaubten. Wie bitter sie sie hörte und verabscheute, und wie lebendig die erniedrigende Zeit wieder vor ihrem Geiste erstand! Könnte sie doch das eine Jahr aus ihrem Dasein streichen; verhinderten blutige Tränen es doch auszulöschen, das eine Jahr, das ihr die Liebe ihres Vaters und die Achtung der Welt gelöst!

Jetzt lachten da drinnen ein allgemeiner Lärmbruch statt aufzudenken.

Sieben, fand die notwendige Beschaffung. Auch in der Frage des technischen Schulwesens wurde positive Arbeit geleistet. Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall. Die Delegierten brachten ein erfreuliches Bild der Gesamtentwicklung und aktiver Gruppenaktivität.

Mit besonderem Interesse wurde der Vortrag des Bundesvorstandsmitgliedes, Ing. Tromholt, Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über „Wirtschaft und Gesellschaft“ eingegangen. Ausgehend vom augenblicklichen Arbeitsmarkt im westdeutschen Industriegebiet und seinen politischen Zielen schloß der Redner die von einseitiger Interessenpolitik geleitete Gestaltung verschiedener Wirtschaftssphären und ihre Auswirkung auf die Arbeitsmarktsituat. Der Weg zu einer gefundenen Wirtschaftsdemokratie müsse im Interesse der Arbeitnehmerchaft, die als Wirtschaftsträger und wichtigster Faktor in der Wirtschaft Berücksichtigung zu tragen bereit sei, begangen werden. Mit langanhaltendem Beifall wurden die sozialen und aufschlußreichen Ausführungen des Redners quittiert. Anschließend erfolgte die Wahl des Gaugruppenvorstandes mit einer Erweiterung durch die Wahl eines Vertreters der Zeichner in der sächsischen Textilindustrie.

Die gutbedachte Tagung fand einen wirkungsvollen Abschluß im Rahmen der 8. G.D.A.-Bundesgründungsfeier der Kreisgruppe Dresden im Konzertsaal des Städtischen Ausstellungspalastes.

### Altersfürsorge für weibliche Angestellte.

Für die alten Angestellten ist an sich durch die Angestelltenversicherung gesorgt, die im Volksmund als Reichsversicherung bezeichnet wird. Auf Grund der nach Gehaltsklassen abgestuften Beiträge, zu denen der Arbeitgeber die Hälfte beizutragen hat, wird nach Fällung der Weritezzeit, die für weibliche Angestellte 60 Beitragsmonate beträgt, bei Eintritt des 65. Lebensjahrs oder während, die sich zusammensetzt aus einem Grundbetrag von jährlich 480 RM. und 15 v. H. der Beiträge, die seit dem 1. Januar 1924 geleistet worden sind. Liegt Krankheit vor, so wird die Rente vom Ablauf der 20. Woche nach Beginn der Krankheit ab bis zur Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit gezahlt. Bei der bedauerlichen Abreise des Betriebsinhaber, ältere Angestellte anzunehmen, obwohl sie noch arbeitsfähig und arbeitswillig sind, kommen viele Fälle vor, daß Personen vor dem 65. Lebensjahrstellunglos werden und in Rot geraten. Hier versucht die Selbsthilfe der Beteiligten durch die Rot herbeizuführen. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, die älteste und größte Organisation

berufstätiger Frauen (Sitz Berlin-Wilmersdorf), 78 Geschäftsstellen und etwa 300 Ortsgruppen, hat eine Altershilfe eingerichtet, diestellunglos gewordene Mitarbeiter in der Zeit vom 60. bis zum 65. Lebensjahr während der Gesamtentwicklung eine Rente subventioniert. Seinen wenigsten 20jährige Mitgliedschaft nachgewiesen werden kann. Beliebtere Beiträge werden hierfür nicht erhoben. Von 65. Lebensjahr über kann früher bei einsetzender Gesundungslosigkeit jüngst zu die Reichsversicherung ein. Deren Renten können natürlich nicht so hoch sein, wie bezogen heute etwa 50 bis 70 RM. monatlich und dürfen in der Zukunft nur selten 100 RM. überschreiten. Um die Möglichkeit zu geben, diesen Beitrag zu erhalten, hat der Verband bereit für Jahre eine freiwillige, dem Reichsaufzugsamt für Privatversicherung unterliegende besondere Rentenversicherung geschaffen, die auf dem Anteilssystem aufgebaut, bei möglichen in jungen Jahren lehr niedrigen Beiträgen mit dem Zuge, wo die Zahlungen des Reichsversicherung beginnen, für jeden Anteil 20 RM. monatlich gibt. Es ist möglich, bis zu 5 Anteilen zu erwirben. Je weniger nicht in der Lage, sämtliche Anteile durchzuhalten, so kann er sie verringern, und es wird ihm das bisher geleistete Mehr auf die verringerten Anteile angerechnet. Heute ist ein Mitglied, so wird ihm auf Antrag die bisher eingezahlte Summe mit 5 v. H. Rente auf die Gesamtsumme zurückgestattet, so daß die Rentenversicherung in diesem Falle als Zusatzversicherung wirkt. Zur Zeit zahlt die in gemeinsamem Sinne ohne Gedanken nicht verwaltete Versicherungsliste 4800 Mitglieder mit 12500 Anteilen.

### Der neue Heißluftballon.

v.d. Die neue Heißluftballontypen, die zur Zeit zu Versuchszwecken in Friedrichshafen erprobt wird, ist auf Grund eingehender Studien und Vermessungen im Windkanal entwickelt und gebaut worden. Der Ballon zeigt eine schlanke Stromlinienseform mit dicken Kopfende und lang auslaufender Spiege. Die Neukonstruktion hat 100 Kubometer Rauminhalt, 24 Meter Länge und misst im Durchmesser 10 Meter. Die Hülle weist die bekannte Gelbfärbung auf, die Schutz gegen die kugeligen Lichtstrahlen bietet. Der Stabilisator dienen drei Steuersäcke, von denen die beiden seitlichen mit Gas gefüllt sind, während der untere sich automatisch durch ein Pumpe mit Luft füllt. Diese Säcke erhalten durch eine zweitürmige Innenverschärfung eine Form, die ebenfalls sostromlinienartig ausgebildet ist. Eine für den Heißluftballonbetrieb sehr wichtige Neuerung ist das sog. bewegliche Leinenwerk, d. h. in den Knotenpunkten sind Rollenbauschen angebracht. Diese können sich auf den Seinen frei bewegen und gestalten einen vollständigen Strömungsausgleich. Die gesamte Takelung greift in einem etwas unter dem Meridian des Ballons gelegenen Gurt an und endet einschließlich an der Kreuzsäule, die die Verbindung mit dem Heißluftkanal vermittelt, und andererseits am Bodenkarren. Unterhalb des Gurtes ist an beiden Seiten eine elastische Bahn eingesetzt, die auf die geringsten Druckänderungen der Füllung anspricht und sich entweder zusammenzieht oder ausdehnt. Sie hat den Zweck, Füllgas zu sparen, das mit zunehmender Höhe des Ballons sich stark ausdehnt. Die Vorteile dieser Neukonstruktion liegen vor allem in dem guten und sehr ruhigen Stand, der durch Stromlinienseform und bewegliches Leinenwerk auch bei starken Aufstößen gewährleistet ist. Die Stabilität ist eine ausgezeichnete und das bewegliche Leinenwerk gestaltet bei großer Einholgeschwindigkeit eine entsprechende Neigung der Ballonachse nach unten. Daraus ergibt sich sehr niedriger Kabelzug und Erhöhung der Einholungsgeschwindigkeit. Eine weitere sehr wichtige Neuerung besteht in der Motorisierung dieses Ballons. Hierzu wird das Fesselkabel abgespannt, der Korb ab- und eine Motorenpendel angehängt. Mit einem 60-P.S. Motor können rund 47 Stundenkilometer erreicht werden. Zur Steuerung werden noch Höhen- und Seitensteuer angebracht. Die Motorisierung hat den Zweck, den Transport des Ballons über Hindernisse, wie elektrische Leitungen und Berggipfel, zu erleichtern. Die Erfahrungen mit der Neukonstruktion sind äußerst günstig. Die Übergabe des ersten Ballons, der in das Ausland kommt, ist bereits erfolgt.

## NEU bestellungen

auf das  
RIESAER TAGEBLATT  
für

halben November 1928

nehmen entgegen alle  
Zeitungsboten und zur  
Vermittlung an diese die  
Tageblatt-Geschäftsstelle  
Riesa, Goethestr. 59.

„Also auf Wiedersehen um neun Uhr im „Bindenhoft“, — ich werde vorher ausnahmsweise noch eine Stunde hoffeln, es ist ja heute das letzte Volg. Westermann, kommst du mit?“

„Gäbt mir nicht ein. Habe außerdem meinem Onkel versprochen, mit ihm zu essen, langweilige Geschichte, aber man hat doch auch seine Rückstände zu nehmen. Adieu, Kindet — viel Vergnügen bis dahin!“

Hierauf entstand noch im Korridor ein heissoher Kram, dem ein schwachsinnender Gesell auf der Treppe folgte. Anneiese dachte schon, alle hätten sich entfernt, als die angelebte Fülligkeit aufgestoßen wurde und einer der Herren herauftauchte, um seinen Hut und Nebengetreter zu holen; im selben Moment bemerkte er Anneiese, die bei seinem Eintritt unwillkürlich aufgestanden war.

Fred Westermann schien plötzlich ein anderes geworden zu sein und verbeugte sich mit dem tabellosen Anstand eines Salomonen; es war eine etwas überschlanke, doch gut gebaute Gestalt, sehr blond, mit länglich vollem, frischem, hochmütigem Gesicht, blassen ehrlichen, hellblauen Augen in sonderbarem Kontraste zu den leichttartigen Ränden, durch die er sich ausgezeichnet.

Trotz der Dämmerung, die bereits im Zimmer herrschte, erkannte sein prüfender Blick sofort, daß er einer anmutigen Erscheinung gegenüberstand, auch entging ihm nicht der geringfügige Zug des hübschen, ersten Mädchengeichtes unter dem Niedlachen, schwarzen Filzplättchen, und die Vermutung, sie könne Zeuge der Verhandlungen im Billardzimmer gewesen sein, ließ ihn leicht erröten. „Bergerlein, gnädiges Fräulein, aber es kostet, als hätte Frau Schulz vergessen, Ihnen mitzuteilen, daß die Sprechstunden meines Onkels auf den Morgen verlegt sind.“

Das also war der hoffnungsvolle Kesse, der Verjüngte von allen, doch Anneiese; seine Stimme klang freilich sehr bedeutend angenehm, und von Beunruhigung war nichts an ihm zu spüren, auch fiel ein mißtrauisch forschender Blick auf sein Gesicht ein wenig mehr zu seinen Gunsten aus, aber alles in allem doch ein gräßlich blasierter Mensch.

„Ich bin hier, den Herrn Professor in einer Privatangelegenheit zu sprechen und warte schon eine halbe Stunde auf ihn,“ erwiderte sie mit eisiger Kälte, und nur um seine Mutmaßung, sie sei als Nachsuchende zum Geheimrat gekommen, zu berichtigten: „Es handelt sich um den beabichtigten Untergang einiger Bilder, — ich bin Valentin.“

„Ah!“ er verbeugte sich wieder, ehrgeizig darüber, daß sie nun zweitelloß Nebendarsteller mit angehört hatte, die ihr eine sehr wenig schmeichelhafte Meinung von ihm beibringen mußten: merkwürdig, gerade daß ihr Abmaßende und die deutlich zur Schau getragene Gering-

Schöhung zogen ihn an. Sie waren dem verwöhnten, vielumworenen Sohne des steinreichen Bremer Großkaufmanns vollständig neu!

„Gestatten gnädiges Fräulein, daß ich mir erlaube, mich vorzustellen — Fred Westermann, Student der Bauwirtschaft. Hübsch weiß ich von den Bildern, die meinem Onkel ausnehmend gefallen — vor solofal davon eingeschlossen, weil sie an seine Heimat erinnerten; er hat sie als Geschenk zur Jubiläumsfeier seines alten Kollegen bestimmt.“

Fred ärgerte sich wieder, daß er seinem etwas unselbstständigen Onkel die Bitte, sich die Gemälde anzusehen, nicht erfüllt hatte, natürlich war es verbummt.

„Ich habe dennoch die Ehre, mich der Künstlerin, die so hübsches geschaffen, gegenüberzusetzen, Fräulein Anneiese Geerz nicht wahr?“

Gut, daß er wenigstens den Namen behalten; es rief ein Lächeln befriedigten Selbstbewußtseins um seine vollen Lippen.

Ein vernichtender Blick ihrerseits ließ ihn jedoch verstummen.

„Sparen Sie sich die Schmeicheleien, mein Herr, ich gebe darauf nichts,“ entgegnete sie mit einem Hochmut, der sonst ihrem Wesen gänzlich fremd war, „ich bin durchaus nicht, was man eine Künstlerin nennt, und auf dem Gebiete der Kunst kaum besser als eine Tagelöhnerin, die von dem zu leben hat, was ihrer Hände Arbeit erwirtschaft.“

Naum waren die jüngsten Worte hervorgegestoßen, als sie hörte, so weit gegangen zu sein, war es doch gar nicht der Wahle wert, diesem frivolen Studenten gegenüber zu sitzen.

„Das heißt,“ fuhr sie mit derselben Unnahbarkeit fort, „ich habe allerdings schon manche von meinen Sachen verloren, aber es sind lauter unbedeutende, kleine Stimmungs- und Ausdrucksstücke, die nur auf denjenigen Angesicht ausüben, der das in den Tiefen seiner Seele empfindet und zum Ausdruck bringen wollte, verkehrt.“

„Und Sie meinen, solcher Nutzen gibt es nicht viel?“ fragte er mit verlegenem Lächeln, das ihm sehr häbisch schaute, „geehrter Onkel mein Herr.“

„Sie glauben also, daß Herr Professor meiste Bilder kaufen wird? Ich kam nämlich bewogen von Holstein hierher.“

Die in verdeckten Tönen gesprochenen Worte vermehrten Fred Westermanns Interesse; offenbar lag ihr unendlich viel an dem Bericht, hatte sie sich doch selbst eine Tagelöhnerin genannt, und unbemerkt musterte er sie noch eingehender, als Frau Schulz hereinkam und das Licht einschaltete.

Fortsetzung folgt.



Die Einweihung des neuen Lord Mayors von London, Sir Alan Studd, fand am 10. November in der durch alte Tradition geheiligten Form statt. Hundertausende von Bürgern umstehen den Weg vom Rathaus zum Justizpalast, wohin der neue Oberbürgermeister sich zur Eidesleistung begab.



Die Flucht vor der Zerstörung. Die Einwohner der durch den Sprengstoffanschlag des Feindes beschädigten Ortschaften versuchen bei der Räumung ihrer Häuser möglichst viel von ihrer Habe zu retten. Die traurigen Bilder der Flüchtlinge auf den Landstraßen erinnern an die trostlosen Bilder des Krieges.



Der frühere russische Ministerpräsident Trepow.

Der ehemalige russische Ministerpräsident Trepow, der 1916 der Nachfolger des Ministerpräsidenten Stürmer wurde, ist in Riga an einem Schlaganfall gestorben.



Zur Erinnerung an Langemarck,

wo am 11. November 1914 die Hauptstädter aus Studenten bestehenden Freiwilligenregiment unter dem Gesang des Deutschen Liedes gegen die englischen Linien kämpften, veranstaltet am 11. November die Berliner Studentenschaft eine Gedenkfeier. Anschließend wurden vor dem Gefallenen Denkmal der Universität Kränze niedergelegt.



Deutscher Reiter Sieg in Amerika.

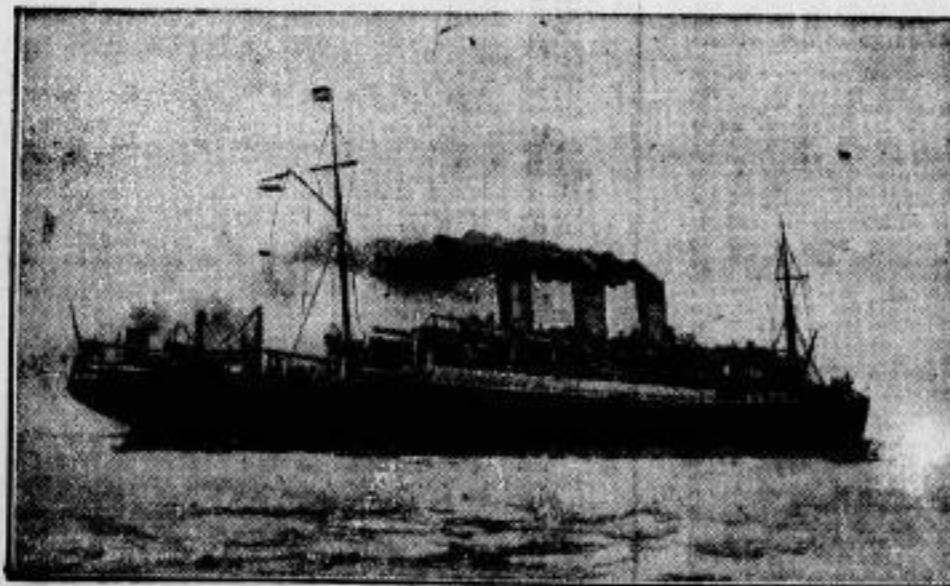
Der Reichswehrleutnant von Barnewitz siegte beim Internationalen Militär-Hürdenpringen, der Hauptwettbewerb des Internationalen Reitturniers in New York. Er war der einzige Reiter, der sein Werd mit 0 Fehlern über den sehr schwierigen Rund steuerte.



Gebieter von Bock.  
Der frühere Generaldirektor der Staatslichen Museen, bat den früheren Kaiser in einem nach Doorn gerichteten Brief gebeten, als Chef des Hauses Hohenlohe seinen Einfluss dahin geltend zu machen, daß der Verkauf von Kunstsachen aus dem Hohenlohebesitz nach dem Auslande in Zukunft unterbleibt.

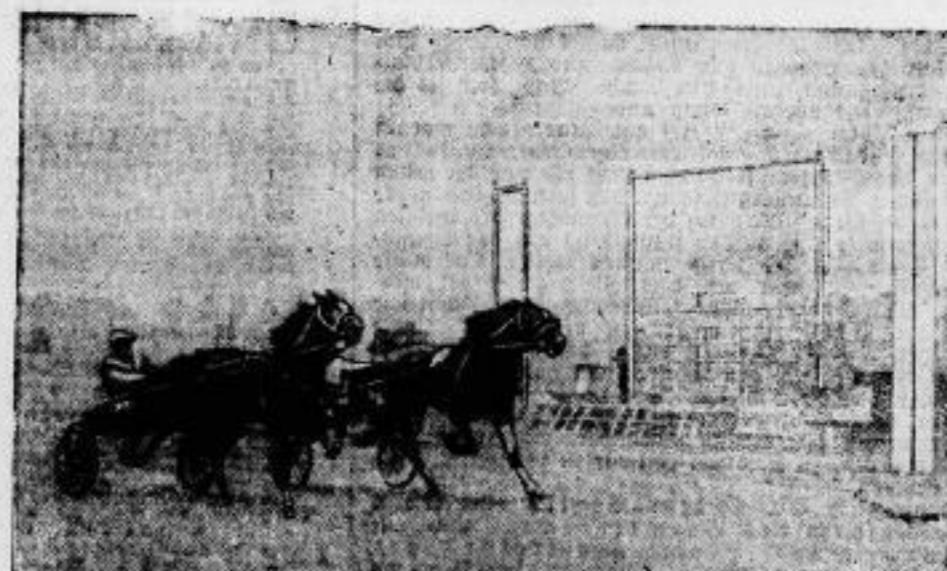


Bild rechts.



Brand auf einem deutschen Passagierdampfer.

Während der Uebersahrt des deutschen Dampfers „Cap Polonio“, der am 11. November in Rio de Janeiro eintraf, brach an Bord ein Brand aus, der erst nach großen Schwierigkeiten gelöscht werden konnte. Während gerannter Zeit mußten die Maschinen angehalten werden, bis der durch das Feuer verursachte Schaden repariert war.



Der Große Preis von Berlin,

das am 11. November ausgetragene bedeutendste Rennrennen der Trabrennbahn Mariendorf, sah ein tödesches Rennen zwischen „Hannibal“ (Fahrer Ringius) und „Augias“ (Fahrer H. Wild).

## Der Dichter der ländlichen Überlauts.

Zum 25. Todestag des Schriftstellers  
Wilhelm von Polenz.

Mit dem vor einem Vierteljahrhundert am 13. November 1903 an den Folgen einer schweren Darmoperation im Stadtkrankenhaus zu Bayreuth verstorbenen ehemaligen Schlossherren und Rittergutsbesitzer von Oberkunewalde in der sächsischen Überlausitz, Friedrich Wilhelm von Polenz, war einer der besten und berühmtesten sächsischen Heimatdichter aus dem Leben geschieden. Wilhelm von Polenz, der am 14. Januar 1863 auf Schloss Oberkunewalde geboren ist, besuchte später nach dem Bischöflichen Gymnasium in Dresden die Universitäten von Berlin und Leipzig, um dort Rechtswissenschaft zu studieren. Nach seinem einjährigen Dienstwilligen Jahr bei den sächsischen Gardereitern, während welcher Zeit von Polenz zu seinem damaligen Vorgesetzten, dem Rittmeister Freiherr v. Egels, dem Verfasser einer berühmten tierischenden Dichtung ("Erste Gedanken") in freundliche Beziehungen trat, lebte v. Polenz, auf den Friedrich-Nießches Werke einen starken geistigen Einfluss ausübend, einige Zeit erst in Dresden und später in Berlin, um dann schließlich nach seinem väterlichen Stammsitz Überlausitz zurückzufallen. Zunächst war es der jüngstdeutsche Naturalismus, der auch an den jungen Schriftsteller und späteren Kammerherren literarisch beträchtlich einwirkt, bis sich dann später Polenz von anlehnenden Vorwürfen, wie man sie noch in seinen Erstlingsnovellen und -Stücken wie "Sühne", "Martine" u. a. verfüllt, freimachte, um sich im oberfränkischen Bauerndrama ein Gebiet zu erobern, auf dem er durch den Erfolg seiner großen, teils religiösen, teils soziale Probleme behandelten Heimatromane "Der Pfarrer von Weitendorf" (1883), "Der Mütterbauer" (1885), "Der Großenbäger" (1888) und später "Thella Lüdelind" (Geschichte eines Herzens) (1900), ein vollendetes Meisterwerk wurde.

Vorzügliche Charakterisierung, vereint mit einem echt bodenständigen Heimatgefühl und einer dichterisch tief erhabenen Darstellungsweise, liehen Wilhelm v. Polenz auch in die vorderste Reihe unserer deutschen Romanerzähler treten. Auch in seinen späteren Novellen und Dichtungen wie u. a. "Burzelroder", "Wald" und "Luginsland", die teilweise anders geartete Probleme als die seiner Bauerndramen behandeln, offenbarte sich dieser Dichter als ein ehrlich ringendes und ganz großes Talent. Doch auch auf dramatischem Gebiete hat dieser mittler in den stärksten Schaffensjahren durch ein tüchtiges Leiden hinweggeraffte Poet manches verloren, doch sind ihm als Bildnisdichter keine nennenswerten Vorwerke erschienen. Sein Trauerstück "Heinrich v. Kleist" wurde wohl auf einigen Bühnen gespielt, u. a. auch im Oktober 1900 vom Königl. Schauspielhaus in Dresden mit Paul Wiede und Clara Saalbach in den Hauptrollen. Ein liebenswürdiges Gesellschaftsstück "Heimatlust" hatte zwei Jahre vorher auch im Dresdner Hoftheater seine Uraufführung erlebt und "Andreas Bodholdt", die Tragödie eines Buchhändlers, ein ergreifendes Problemstück, war seinerzeit als Gedächtnissstück von der "Dresdner Literaturfestwoche" in Aussicht genommen. Nebenfalls rief das frühe Hinscheiden dieses Dichters, der 1897 gemeinsam mit dem später nicht minder berühmten gewordenen Romanchriftsteller Georg Freiherrn von Lampertza erstmals im Dresdner Vereinshaus im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung des "Verein Dresdner Freunde" als Porträttender seiner eigenen Dichtungen vor die breite Öffentlichkeit trat, eine ehrliche Anteilnahme in den weitesten Volkskreisen hervor. G. H.

## Dr. Welt über Verfassungs- u. Verwaltungsreform

In Dresden. Auf der Jahrestagung, die der Landesausschuss Sachsen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am Sonntag im Landtag abhielt, sprach der Minister des Innern Dr. Welt über die Verfassungs- und Verwaltungsreform.

Zur Zeit der Weimarer Verfassung sei die Errichtung eines Einheitsstaates noch nicht möglich gewesen. Inzwischen habe sich in weiten Kreisen die Überzeugung verbreitet, daß die vor 10 Jahren geschaffene Verfassung keinen endgültigen Zustand geschaffen habe und daß sie weiter gebildet werden müsse, namentlich was das Verhältnis Reich und Preußen anbetrifft. Wenn man den Weg einer weiteren Ausdünnung der Länder durch ein Großverein ablehne, da sie nach dem französischen Vorbild zu einem zentralistisch eingestellten Einheitsstaat führen müsse, so komme man zu der anderen Lösung, nämlich der Ausbildung des Zentralismus durch Ausbau der Selbstverwaltung. Es müsse einmal gescheitert werden, welche Ausgaben zentral und welche regional zu lösen seien. Die Entwicklung brauche jedoch Zeit. Die Fortschritte des Lutherbundes stellen nur eine Zwischenlösung dar und es sei auf alle Fälle besser, noch einige Jahre zu warten, bis eine endgültige Entscheidung möglich sei.

Der Minister erörterte sodann das Problem der Verwaltungsreform. Die Vorschläge für Sachsen würden dem Landtage demnächst angegeben. Sie seien auf dem Prinzip der Selbstverwaltungsorganisation aufgebaut, wobei allerdings die Frage der Schaffung der Mittelinstanz die größten Schwierigkeiten biete. Jeht sei der Gedanke der Mittelinstanz verlassen, der zum großen Teil das Bestreben von Reichs- und Länderverwaltungen nebeneinander unmöglich mache. Auch hier sei die Lösung noch nicht überall fertig und endgültig.

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, worauf eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt: Der Landesausschuss Sachsen sieht als eine der ersten republikanischen Notwendigkeiten an, daß sowohl eine innige Umstellung der Verwaltung auf den Grundlage des sozialen Staates, wie auch eine äußere Umstellung auf der Grundlage des Einheitsstaates vorgenommen werde. Es müsse eine Verwaltungsreform mit dem Ziel angestrebt werden, daß der Behördenapparat Gemüde biete, lärmliche Belange der Bevölkerung restlos zu befriedigen. Durch Ausbau der Selbstverwaltung müsse dafür gesorgt werden, daß der Einfluss des Volkes nicht auf die Parlamentswahlen beschränkt bleibe. Der Landesausschuss steht den bisher bekannten Reformplänen der sächsischen Regierung sehr kritisch gegenüber. Man müsse ihm Gelegenheit geben, zu etwaigen Entwürfen rechtzeitige Stellung zu nehmen.

Sodann hielt Dr. Söder-Berlin ein Referat über die Reform des Beamtenrechtes und die Schaffung eines Beamtenvertretungsgesetzes. Auch hierzu wurde eine Entschließung gefaßt.

## Die neuen Richtlinien des "Wehrwolf".

Leipzig. Aus Anlaß einer Ortsgruppenführertagung des "Wehrwolf", die am Sonntag im Saale des Zoologischen Gartens stattfand, wurden neue Reichsrichtlinien bekannt gegeben, die den Standpunkt des Wehrwolf festlegen. Darin heißt es u. a.:

Der Wehrwolf ist eine von Frontsoldaten gegründete politische Bewegung der neuen Front. Die neue Front richtet sich gegen das System des seitlichen Parlamentarismus, gegen eine Formaldemokratie ohne Inhalt, gegen

die Herrschaft der Parteien und der hinter diesen stehenden Geldmächte. Als Anhänger eines aristokratischen Staatsaufbaus ist der Wehrwolf der Überzeugung, daß der Träger deutscher Staatssicherung nur eine hochwertige Minderheit sein kann. Der Wehrwolf als politische Bewegung ist darum absoiu jedem Massengedanken. Er sieht keine Aufgabe darin, seine Mitglieder zu politischen Kämpfern so heranzubilden, daß sie zu Führern des deutschen Volkes berufen werden können. Der Wehrwolf ist eine Freiheitsbewegung, die die Befreiung des deutschen Volkes von inneren und äußeren Feinden erstrebt. Interne und bekämpft sie. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammesgenossen". Für Sicherung und Vermehrung deutscher Bodens muß der deutsche Staat nicht wie heute beinahe ausschließlich wirtschaftliche Politik treiben, sondern nationale und überstaatliche Bindungen muß er ablehnen. Der Wehrwolf ist völkisch. Anstelle des Bürgerstifts liberaler Prägung liegt er den Begriff "Volks- und Stammes